

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr. 22 - 59. Jahrgang

21. November 2009

Michael Müller: Vertrauen zurückgewinnen

Der Neustart ist gelungen. Die SPD ist dabei, ihr Kernmerkmal - die soziale Gerechtigkeit - wieder deutlich sichtbar zu machen. Aber die Botschaft des Dresdener Parteitags lautet auch: Vor uns liegt noch viel Arbeit. Wir wollen verloren gegangenes Vertrauen mit überzeugenden Konzepten zurückgewinnen. Dazu brauchen wir Zeit und eine breite und offene Diskussion in der Partei wie auch mit den gesellschaftlichen Gruppen.



Wir müssen eine sozialdemokratische Antwort auf die Frage geben, wie Altersarmut verhindert werden kann und Renten in Zukunft sicher finanziert werden können. Wir haben die Vermögenssteuer beschlossen und brauchen insgesamt neue, gerechte Steuerkonzepte, die dafür sorgen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich wieder schließt. Kranken- und Pflegeversicherung müssen weiterentwickelt werden.

Damit können wir die Diskussion in unserem Land voranbringen und wieder inhaltlich bestimmen. Als Berliner haben wir mit Klaus Wowereit als stellvertretendem Vorsitzenden, mit Björn Böhning und Eva Högl starke Stimmen im neuen Vorstand. Sie verkörpern den Neuanfang auch personell. Mit unseren Berliner Schwerpunkten, dem Ausbau der Kitas und der Ganztagsbetreuung in den Schulen, mit dem Erhalt öffentlicher Betriebe der Daseinsvorsorge, mit den vielen Maßnahmen, die das Zusammenleben in den Quartieren verbessern, können wir wichtige Beiträge auf Bundesebene leisten. Es geht darum, eine neue Gemeinsamkeit in der Partei zu entwickeln und das Einigende in den Vordergrund zu stellen: Gerechtigkeit.

Bundesparteitag:

„Deutungshoheit erreichen“

Gabriel: Neustart jetzt in der gesamten Partei umsetzen

Der neugewählte SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat dazu aufgerufen, den Neuanfang in der gesamten Partei umzusetzen. Die SPD brauche die Öffnung in die Gesellschaft, daran müssten alle mitarbeiten.

Die SPD hat nach den Worten Gabriels auf ihrem Parteitag einen „klaren Blick“ bewiesen. Sie habe offen und fair darüber diskutiert, was in der Vergangenheit gut war und was schlecht. Gabriel will den Kampf um die Deutungshoheit aufnehmen: Es gehe darum, mit den eigenen politischen Zielen die Mehrheit im Land zu überzeugen.

Gabriel setzte sich dafür ein, wieder eine „Aufstiegsperspektive“ deutlich zu machen. Menschen dürften nicht gebunden sein an das Einkommen, an die Arbeit der Eltern, an Geschlecht, die Hautfarbe oder Religion. „Der Lebensweg muss frei sein.“

Für die Erarbeitung ihrer Konzepte wird sich die SPD Zeit nehmen. Gabriel warb dafür, die SPD zu einer „Politikwerkstatt für gesellschaftlichen Fortschritt“ zu machen. Sie müsse eine Partei sein, die Menschen einlädt, mitzumachen, und nicht den An-



94,2 Prozent Zustimmung: Sigmar Gabriel ist neuer Vorsitzender der SPD.

spruch erhebt, schon alle Antworten zu haben.

Die ersten Beschlüsse zielen auf mehr Gerechtigkeit: So beschlossen die Delegierten mit großer Mehrheit die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Der Leitartikel fordert die Debatte darüber, "wie eine soziale Gesellschaft und der Sozialstaat in den nächsten Jahrzehnten verfasst sein müssen".

Fortsetzung auf S.3

Wirtschaft:

Platz für Zukunftsindustrien

Klaus Wowereit: Tegel als Standort für Technologie entwickeln

Der DGB Berlin-Brandenburg hat das klare Votum des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit für eine aktive Industriepolitik für Berlin begrüßt. „Wenn der Stadtkapitän den richtigen wirtschaftspolitischen Kurs vorgibt, dann ist das gut für die Stadt“, so der DGB-Vorsitzende Dieter Scholz.

Berlin habe nicht nur kluge Köpfe, sondern auch Platz, um Neues zu entwickeln, so Wowereit. Im Umfeld wissenschaftlicher Einrichtungen, in Adlershof, Charlottenburg und Marzahn entstehen schon heute neue industrielle Arbeitsplätze. „Der Senat wird dafür sorgen, dass der Flughafen Tegel nach seiner Schließung auch als

Standort für Technologie, Kreativität und Industrie entwickelt wird: Gemeinsam mit

IN DIESER AUSGABE:

ANNE-KATHRIN PAUK: 1989	S. 2
EVA HÖGL: PARTEI ÖFFNEN	S. 8
FRANK KIRSTAN: HER MIT VISIONEN	S. 9
SIEGFRIED HEIMANN: LINKES LEBEN	S. 13

dem neuen Großflughafen BBI kann TXL ab 2011 ein starker Wachstumsmotor der Stadt werden“, so Klaus Wowereit. Berlin gewinnt als Standort für Zukunftsindustrien an Bedeutung und habe trotz Wirtschaftskrise beste Chancen, Vorreiter neuer Wirtschaftens und neuer Arbeitsplätze zu werden. □

Bildung:**Einig mit den Studenten**

Die SPD unterstützt den Widerstand der protestierenden Studentinnen und Studenten gegen Studiengebühren und teile die Kritik an der mangelhaften Umsetzung der Bologna-Reformen, erklärte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. Auf dem Dresdener Bundestag hatten sich die Delegierten zugleich für mehr Bildungsinvestitionen und mehr Mitbestimmung ausgesprochen.

Von der Bundesregierung forderte Andrea Nahles handfeste Ergebnisse: „Wie im Frühsommer speisen Frau Merkel und Frau Schavan die Studierenden mit der leeren Ankündigung eines Gipfels ab. Versprochene Lösungen für die Probleme an den Hochschulen sind nicht eingeleitet. Verständnis heucheln hilft nicht, es muss dringend gehandelt werden.“

Zusätzlich geht es der SPD um eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, einschließlich des Master-Abschlusses. Das bekräftigte auch die Bildungssprecherin der SPD-geführten Bundesländer, die rheinland-pfälzische Kultusministerin Doris Ahnen. **BS □**

Wohnen:**Sozialmieten sollen sinken**

Die Mieten im sozialen Wohnungsbau sollen dauerhaft unter den Durchschnittswerten des Berliner Mietspiegels liegen. Dafür will sich Stadtentwicklungsministerin Ingeborg Junge-Reyer einsetzen.

Der schrittweise Abbau der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau hat gerade in den Wohnungen, die sozial schwächeren Mietern zur Verfügung stehen sollten, zu einem Anstieg der Mieten geführt. Denn der Abbau der Förderung kann derzeit mit 13 Cent pro Quadratmeter und Jahr auf die Miete aufgeschlagen werden. Jetzt sollen Vermieter die ihnen gewährten öffentlichen Darlehen vorzeitig zurückzahlen können. Insgesamt geht es um Darlehen im Umfang von rund fünf Milliarden Euro, die meist eine Laufzeit von 30 Jahren haben. Für die Mieter würden mit der Rückzahlung die jährlichen Aufschläge entfallen, für den Vermieter würde der Vorteil in einer Reduzierung des Rückzahlungsbetrags bestehen. Dessen Höhe soll noch festgelegt werden.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung möchte mit dem Konzept erreichen, dass die Sozialmieten künftig mindestens zehn Prozent unter den vergleichbaren Werten des Mietspiegels liegen. Das Konzept wird derzeit im Abgeordnetenhaus beraten. **BS □**

20 Jahre Friedliche Revolution:**„Da macht jemand ernst“****Anne-Kathrin Pauk und der Herbst 1989**

Staatsgäste aus aller Welt kamen zum 9. November nach Berlin, Hunderttausende Gäste feierten mit den Berlinerinnen und Berlinern am Brandenburger Tor, auf vielen TV-Kanälen liefen Berichte. Über die Medien hat auch Anne-Kathrin Pauk das Fest zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution verfolgt. 1989 war sie dichter dran an den Ereignissen.

Am 5. November 1989 wurde sie auf einer Versammlung in der Sophienkirche in Mitte zur 1. Sprecherin des SDP-Bezirksverbandes gewählt, war damit Vorsitzende der Ost-Berliner Sozialdemokraten. Und steckte mittendrin in den politischen Auseinandersetzungen, deren Ausgang noch ungewiss war. Mittendrin auch im Aufbau einer Partei. 23 Jahre war sie damals, in Leipzig hatte sie Germanistik und Slawistik studiert.

Als sie jetzt die Berichterstattung zum 9. November sah, hat sie die SPD vermisst. „Die Bürgerrechtler kamen zu Wort, aber die SPD habe ich nicht wirklich wahrgenommen. Dabei hat sie damals viel bewegt.“ Als Parteineugründung forderte die SDP die SED und die ihr verbundenen Blockparteien heraus. Später hat die SDP am Runden Tisch mit viel Erfolg gearbeitet, den ersten freien Wahlen zu einem frühen Termin den Weg geebnet. „Auch für das Selbstverständnis der SPD insgesamt wäre es gut gewesen, sich stärker zu präsentieren.“

Anne-Kathrin Pauk entstammte keinem oppositionellen Elternhaus. „Aber jedem war eigentlich zu dieser Zeit klar, dass die DDR so nicht weitermachen konnte, mit einer Volkswirtschaft, deren Zerfall überall manifest war.“ Absurde Sprachregelungen, wie sie im Marxismus-Leninismus-Seminar etwa zum Arbeiterprotest am 17. Juni abverlangt wurden, wollte sie als Studentin nicht auftragen. Aber sie merkte auch, dass sie nicht alleine so dachte.

Es gab individuelle Wege, das Land zu verlassen. Einer wäre die Heirat mit einem jemenitischen Studenten gewesen, in dessen Heimat die Grenzen zwischen Nord und Süd schon durchlässig waren. Aber solche Überlegungen wurden im Herbst 1989 überflüssig: „Als ich hörte, dass sich eine sozialdemokratische Partei in der DDR bildet, dachte ich: Das ist es. Da macht jemand ernst!“ Zusammen mit ihrem Kommilitonen Ulrich Scholz suchte sie in Berlin Kontakt zu den Gründungsmitgliedern, wurde aufgenommen - noch im Oktober 89. Die Durchschrift der Aufnahmeformulare wurde unter dem Teppich versteckt.

Eine Ausstellung auf dem Alexanderplatz erinnert an die Zeit der „friedlichen Revolu-



SDP-Geschichte: Anne-Kathrin Pauk vor den Ausstellungstafeln am Alexanderplatz.

tion“. Bilder zeigen den Verfall der Städte, Protestaktionen von Bürgerrechtlern, die Auseinandersetzungen um die Luxemburg-Demonstration oder die Versuche der DDR-Opposition, die Fälschung der Kommunalwahl im Frühjahr 1989 zu beweisen. „Aber wozu eigentlich? Jeder wusste, dass die Wahlen gefälscht werden“, sagt Anne-Kathrin Pauk. Im Herbst 1989 ging es nicht mehr darum, die DDR-Führung bei ihren hehren Ansprüchen zu packen. Es ging um eine grundsätzliche Änderung des politischen Systems, um das Ende des Einheitsparteiensystems, um Freiheit. „Die SDP-Gründung war für mich der Schritt, dies nicht nur zu fordern, sondern zu machen.“

Eine Zusammenarbeit mit der SED war 1989 eine Frage, die sich Sozialdemokraten im Osten nicht stellte. Es ging um das Ende der Alleinherrschaft der SED, um echte Schritte in Richtung Freiheit und Demokratie - vor allem am Runden Tisch. Allerdings, sagt Anne-Kathrin Pauk rückblickend, hätte es SED-Mitgliedern möglich sein müssen, mit ihrer Partei zu brechen und in die SDP einzutreten. „Wir haben dadurch vielen Menschen, die eigentlich sozialdemokratisch denken, verwehrt, Sozialdemokraten zu sein. Die traurigen Mitgliederzahlen im Ostteil der Stadt haben auch damit zu tun.“

uh □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Fortsetzung von Seite 1:

„Deutungshoheit erreichen“

Bundesparteitag in Dresden: Neues Vertrauen schaffen

Mit einer nüchternen Bestandsaufnahme hatte der scheidende SPD-Vorsitzende Franz Müntefering die Analyse auf dem Bundesparteitag begonnen: „Im Wahlkampf selbst haben wir viel Zustimmung erfahren: zahlreiche Besucherinnen und Besucher, volle Plätze, volle Säle, ehrlicher Beifall, keine Aggressionen. Zu viele Menschen haben aber dann doch die anderen gewählt oder gar nicht gewählt - ohne besondere Emotionen. Wir waren für die Wählerinnen und Wähler kein Feindbild, aber wir waren einfach nicht interessant genug: nicht für potenzielle Aufsteiger, nicht für solche, die sich vor Abstieg fürchten. Sie haben anderen mehr vertraut oder niemandem, oder sie hatten andere Prioritäten als wir. Das klingt harmlos und leicht reparabel, ist es aber nicht. Im Gegenteil: Wir waren für zu viele die von gestern, aus der Mode. Zu undeutlich war, mit wem wir was denn würden durchsetzen können.“

Nachdenklich, aber auch selbstbewusst war die Standortbestimmung von Sigmar Gabriel in seiner Kandidatenrede. Er lehnte vor allem eine verengte Bündnisdebatte ab: „Die deutsche Sozialdemokratie definiert sich weder in Abgrenzung noch in Ableitung von anderen Parteien. Sie definiert sich selbst. Denn was links ist, das bestimmt sich immer inhaltlich und nicht nach rechnerischen Mehrheiten.“

Die SPD könne, dürfe und wolle ihre Regierungszeit nicht verleugnen, sagte Gabriel. Vieles aus den elf Jahren bleibe: das Zuwanderungsgesetz, die Verbesserung der Stellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, die Senkung des Eingangsteuersatzes, die Verteidigung des Gesundheitssystems gegen Heerscharen von Lobbyisten, das Ganztagschulprogramm, die Erneuerbaren Energien. „Das alles stand auch unter der Überschrift: Agenda 2010“, so Gabriel.

Gabriel rief die SPD dazu auf, wieder um die Deutungshoheit zu kämpfen. Dann gewinne man auch die vielbeschworene Mitte. Gabriel: „Seit bald 20 Jahren geht ein neues Gespenst um in Europa: das Gespenst der politischen Mitte, genauer gesagt: der neuen Mitte. Alle reden über sie, alle reklamieren sie für sich. Alle meinen sie zu kennen, ohne allerdings genau erklären zu können, wer oder was die Mitte ist oder wofür die politische Mitte steht. Auch wir haben die politische Mitte für uns reklamiert und haben sie mehrfach in der Nachkriegsgesellschaft gefunden: in den 70er-Jahren durch Willy Brandt, später durch Helmut Schmidt und auch durch



Bundesparteitag: Michael Müller und Berliner Delegierte. Foto: Silvia Stützer

Gerhard Schröder. Jedes Mal, wenn die SPD die politische Mitte gewonnen hat, hat sie auch Wahlen gewonnen, hat sie Mehrheiten und Zustimmung bekommen.“

Er wolle mit einem weitverbreiteten Irrglauben aufräumen, rief Gabriel den Parteitage delegierten zu: „Die politische Mitte in Deutschland war nie ein fester Ort, nie eine bestimmte Gruppe in der Gesellschaft oder in der Wählerschaft. Die politische Mitte definiert sich nicht durch Einkommens- oder Berufsgruppen und übrigens auch nicht durch bestimmte politische Einstellungen, denen man sich anzupassen habe. Die politische Mitte Willy Brandts war etwas ganz anderes. Sie war kein fester Ort, sondern sie war die Deutungshoheit in der Gesellschaft. Die politische Mitte in einem Land hat der gewonnen, der in den Augen der Mehrheit der Menschen die richtigen Fragen und die richtigen Antworten bereithält. Also der, der die Deutungshoheit über die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen besitzt. Der steht in der Mitte der Gesellschaft. Willy Brandt wusste das. Er wusste, dass man diese Deutungshoheit erobern muss: von links, mit emanzipatorischen Antworten auf die Herausforderungen der Zeit. Er wusste, dass die Menschen Ende der 60er-Jahre die Nase voll hatten von der restaurativen Adenauer-Ära. Deshalb hat er mit seiner sozialdemokratischen Antwort darauf unter der Überschrift ‚Mehr Demokratie wagen‘ die Deutungshoheit Ende der 60er-Jahre und in den 70er-Jahren gewonnen. Er stand mit dieser Deutung fest in der Mitte der Gesellschaft.“

„Wir werden uns der schwarz-gelben Regierung als konsequente Opposition gegenüberstellen und ihr eine glaubwürdige und realistische Alternative entgegensetzen, um damit neues Vertrauen und neue Stärke für die SPD zu erringen und die jetzige Regierung wieder abzulösen“, heißt es im Leitantrag. **BS □**

Eppler: „Mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit“

In seiner Rede auf dem Dresdener Bundesparteitag hat Erhard Eppler auf den für ihn wichtigsten Satz des Godesberger Programms verwiesen: „Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“

„Das bedeutete für damals: Sozialismus ist nicht ein System, das man irgendwann einmal einführt, das immer gilt und alle Probleme löst. Sondern Sozialismus ist eine Aufgabe, die nie aufhört, weil nämlich die Geschichte nie aufhört und weil auch die Gegenkräfte nie aufhören. Es ist die Aufgabe, aus unseren Grundwerten politische Wirklichkeit zu machen“, so Eppler.

Auch die Union rede von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Aber der Unterschied sei, dass diese Grundwerte bei den anderen gewissermaßen auf einer Balkenschaukel sitzen: Wenn das eine oben sei, sei das andere unten.

Erhard Eppler: „Wenn zu viel Freiheit ist, ist zu wenig Gerechtigkeit. Wenn die Gerechtigkeit zu viel wird, so sagen sie, dann leidet die Freiheit. Man kommt auf die Idee, man müsste das austarieren, sodass die Balkenschaukel auf beiden Seiten gleich hoch ist. Also, bloß nicht zu viel Gerechtigkeit, damit die Freiheit nicht leidet; bloß nicht zu viel Solidarität, damit die Freiheit nicht leidet. Dazu gibt es im Godesberger Programm einen Satz, den ich damals zunächst für etwas deplatziert gehalten haben, weil ich dachte, dass das gar kein Programmsatz, sondern ein philosophischer Satz sei. Er lautet: ‚Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander.‘ In diesem kleinen Sätzchen steckt unsere ganze sozialdemokratische Philosophie. Wir sind der Überzeugung, dass mehr Gerechtigkeit auch mehr Freiheit bedeutet und dass Gerechtigkeit die gleiche praktikierbare, nutzbare Freiheit für alle bedeutet. Und umgekehrt: Weniger Gerechtigkeit bedeutet – das hat die Arbeiterbewegung am eigenen Leib erfahren – weniger praktikierbare Freiheit. Der Kündigungsschutz mag die Dispositionsfreiheit des einen oder anderen Unternehmers, der gerne ‚Hire and Fire‘ machen möchte, einschränken. Aber er erhöht doch die Freiheit des jungen Paares, das sich überlegt, ob es Kinder haben und eine Familie gründen soll. Diejenigen, deren Freiheit es erweitert, verstärkt, werden immer eine Vielzahl derer sein, bei denen ein bisschen Dispositionsfreiheit eingeschränkt wird.“

Eppler: „Gerechtigkeit ist die gleiche Chance, mit den in der Verfassung garantierten Grundrechten, Freiheitsrechten wirklich etwas anzufangen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.“ **BS □**

Bundesparteitag:

„Die Arbeit beginnt erst“

Eindrücke vom Dresdener SPD-Parteitag

Eine packende Rede des neuen SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, ausführliche und offene Diskussionen: Die Berliner Delegierten auf dem Dresdener SPD-Bundesparteitag ziehen eine positive Bilanz. „Vom Parteitag ging das Signal zum Aufbruch und zur Erneuerung aus“, sagt der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Marc Schulte. Eindrücke der Berliner Delegierten:

Marc Schulte, stellvertretender Berliner SPD-Landesvorsitzender: „Die Analyse von Sigmar Gabriel war schonungslos. Es war ein Fehler, sich an die herrschende Meinung anzupassen, die wir für die Mitte gehalten haben. Mit einem flammenden Plädoyer für die Grundwerte der Sozialdemokratie hat Sigmar Gabriel uns und den gesamten Bundesparteitag in seinen Bann gezogen. Die SPD muss sich die Deutungshoheit von links her erobern. Nach dem katastrophalen Ergebnis vom 27. September ging vom Parteitag das Signal zum Aufbruch und zur Erneuerung aus. Viele Forderungen von Sigmar Gabriel z.B. nach Kitakostenfreiheit, nach Ausbau der Ganztagschulen und nach neuen Formen der Beteiligung der Mitglieder an der Arbeit der SPD werden in Berlin bereits umgesetzt oder sind in Angriff genommen – das ist gut zu wissen. Somit ist das gute Ergebnis für Klaus Wowereit (89,4%) auch eine Bestätigung unserer Arbeit.“

Eva Högl, Mitglied des Parteivorstands, Bundestagsabgeordnete: „Der Bundesparteitag in Dresden hat ein klares Signal für die programmatische und personelle Erneuerung der SPD gegeben. Die Stimmung unter den Genossinnen und Genossen war sehr gut, die Atmosphäre geprägt von offenem Meinungsaustausch und konstruktiven Debatten mit notwendiger Kritik und klarer Perspektive. Ganz persönlich habe ich mich über die große Unterstützung und das mir entgegengebrachte Vertrauen bei der Wahl zum Parteivorstand gefreut. Als Mitglied des neuen Vorstandes werde ich mich aktiv an der Erneuerung der SPD beteiligen und hier die Erfahrungen aus meiner Arbeit im Bundestag ebenso nutzen wie die Eindrücke aus meinem Wahlkreis. Gerade die Verzahnung zwischen Parteivorstand und den Abteilungen und Mitgliedern der SPD Berlin ist mir dabei ein besonders Anliegen. Wir wollen die Ideen sowohl unserer Mitglieder als auch gesellschaftlicher Gruppen hören und gemeinsam unsere SPD wieder nach vorne bringen! Mir liegt es sehr am Herzen, dass wir zu einem besseren Umgang miteinander finden. Sigmar Gabriel hat in seiner Rede



Bundesparteitag in Dresden. Foto: Silvia Stützer

vor dem Parteitag genau die richtigen Worte gefunden. Statt innerparteilicher Aus- und Abgrenzung müssen unsere Gemeinsamkeiten und eine gute Zusammenarbeit im Vordergrund stehen. Dafür will ich in den kommenden Jahren mit Euch arbeiten.“

Barbara Loth und Iris Spranger, stellvertretende SPD-Landesvorsitzende: „Die Rede von Sigmar Gabriel gibt Mut und Hoffnung, dass wir in Zukunft eine bessere Diskussionskultur haben werden, keine Tabu-Themen, keine Basta-Politik und ein ehrliches Interesse an der Meinung der Mitglieder. Wir freuen uns auf die nötigen Diskussionen in den Gliederungen.“

Ulrike Sommer, stellvertretende SPD-Vorsitzende in Spandau: „Die Rede von Gabriel hat uns, denke ich, alle begeistert. Wir haben jetzt wieder einen Parteivorsitzenden, der voller Substanz analysiert, der unsere Partei wieder aufrichten kann. Inhaltlich wird es auf den Parteitag in einem Jahr ankommen.“

Andreas Geisel, SPD-Kreisvorsitzender und Stadtrat in Lichtenberg: „Der Parteitag ist nur der Anfang unserer Debatte. Wir merken, einfache Wahrheiten und einfache Antworten gibt es nicht. Ich bin bei-

spielsweise gespannt auf die Diskussion zur zukünftigen Rente. Die einfache Antwort wäre, wenn wir den bisherigen Beschluss zur Rente mit 67 einfach über Bord schmissen. Aber was dann? Eine solche Entscheidung trägt nicht lange. Mehrheitsfähig werden wir nur, wenn wir diese Frage glaubwürdig und überzeugend beantworten und dabei den schwierigen Wahrheiten nicht einfach ausweichen. Dafür brauchen wir jetzt langen Atem. Sigmar Gabriel hat das deutlich gemacht und scheint entschlossen, die Debatten in die SPD zurück zu tragen. Das finde ich gut. Die eigentliche Arbeit beginnt erst.“

Peter Senftleben, SPD-Kreisvorsitzender und Stadtrat in Reinickendorf: „Gabriel könnte es schaffen: Geschlossenheit herzustellen ohne Diskussionen zu verhindern! Es scheint, als ob ein Neuanfang gelingen könnte: Die kritischen Beiträge waren notwendig, aber auch konstruktiv. Aber: Fehler müssen nicht nur benannt werden, wir müssen auch die Kraft haben, die richtigen Schlüsse daraus ziehen, auch wenn es für die bisher Verantwortlichen nicht leicht ist!“

Fabian Schmitz-Grethlein, Beisitzer im SPD-Landesvorstand: „Mit der Rede von Sigmar und der besten und konzentriertesten Diskussion der letzten Jahre haben wir eine gute Grundlage, um im kommenden Jahr in der ganzen Partei neue Ideen und Wege zu entwickeln. Das Wahlergebnis, gerade von Sigmar, ist ein großer Vertrauensvorschuss, es kommt jetzt darauf an, den Elan und die Ernsthaftigkeit aus Dresden in die Landesverbände und Kreise zu tragen. Die Arbeit an der Zukunft der Partei hat mit diesem Wochenende begonnen.“

Cordula Drautz, Beisitzerin im SPD-Landesvorstand: „Delegierte aus allen Landesverbänden haben in der Aussprache berichtet, welche Themen für die Menschen wichtig sind, wo die Herausforderungen der Zukunft liegen. Damit hat der Parteitag schon eine wichtige Aufgabe erfüllt. Denn wir wissen jetzt besser, woran es gelegen haben könnte, dass wir bei der Bundestagswahl so schlecht abgeschnitten haben. Die schwierigen Kompromisse der Großen Koalition, der Verlust des Kontaktes zu vielen Menschen, die große Erwartungen an die SPD gerichtet haben aber auch hausgemachte Schwierigkeiten sind einige Gründe. Nun kann und muss der zweite Schritt folgen. Konsequenzen aus der Analyse zu ziehen bedeutet, dass wir uns wieder für neue Gruppen öffnen und ein konkretes Angebot zur Mitarbeit machen. Es bedeutet, dass wir unsere Ziele gemeinsam entwickeln. Es bedeutet, für die Politik der SPD einzutreten, sie zu erklären und so für gesellschaftliche Mehrheiten zu werben. Dann wird auch wieder deutlich, dass Merkel nur Politik für Märkte und nicht für die Menschen macht.“

BS □

Beschlüsse und Reden

Der beschlossene Leitantrag sowie die Reden von Franz Müntefering, von Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Erhard Eppler stehen zum Nachlesen auf den Internetseiten der Bundes-SPD zur Verfügung. Dort sind auch Videomitschnitte weiterer Reden, so der Vorstellungsrede von Klaus Wowereit zu finden:

➡ Die Reden im Überblick:

<http://www.spd.de/de/politik/Bundesparteitag/Reden/index.html>

Bundestagsfraktion

„Gemeinsam stärker agieren“

Berliner Abgeordnete in der Landesgruppe Ost aktiv

Um innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion stärker agieren zu können, haben sich die Landesgruppen der neuen Bundesländer zu einer Landesgruppe Ost zusammengeschlossen.

Das desaströse Bundestagswahlergebnis hat zur Folge, dass nur noch 23 Bundestagsabgeordnete aus den neuen Bundesländern inklusive Berlins kommen. Als Landesgruppe Ost wollen sie künftig enger zusammenarbeiten, um so mehr Stärke nach innen und außen zeigen zu können.

Zur Sprecherin der Landesgruppe Berlin ist einstimmig Mechthild Rawert gewählt worden. Diese ist somit die „Verbindungsfrau“ zwischen der Bundestagsfraktion und der Berliner SPD. Swen Schulz hatte nicht mehr kandidiert.

In sieben Berliner Wahlkreisen gibt es keine/n eigenen SPD-Bundestagsabgeordnete/n. Deshalb erfolgt eine Betreuung dieser Wahlkreise durch die fünf gewählten Abgeordneten. Die Zuständigkeiten: Friedrichshain-Kreuzberg Dr. Eva Högl (Mitte);



Vorsitzende der Berliner Landesgruppe: Mechthild Rawert.

Neukölln Dr. Eva Högl (Mitte); Steglitz-Zehlendorf Petra Merkel (Charlottenburg-Wilmersdorf); Reinickendorf Mechthild Rawert (Tempelhof-Schöneberg); Lichtenberg Swen Schulz (Spandau); Marzahn-Hellersdorf Swen Schulz (Spandau) und Treptow-Köpenick Wolfgang Thierse (Pankow).

BS □

Erfrischende Arbeit

Julia Maas ist neue Landessekretärin der Berliner Jusos

Sie ist gerne nach Berlin gekommen. Die Arbeit hat sie gereizt, aber sie trifft hier auch etliche Freunde wieder, die schon vor ihr aus dem Rheinland in die Hauptstadt gekommen sind. Und die Berliner Jusos, deren neue Landessekretärin Julia Maas seit Anfang November ist, findet sie „erfrischend“.

Die 26jährige gebürtige Kölnerin hatte 2002 in Bonn ein Studium der Politologie begonnen. 2005 kam sie zu den Bonner Jusos. „Ich wollte mich aktiv beteiligen. Und bei den Jusos waren die Leute offen, es herrschte eine nette Atmosphäre und meine Meinung war gefragt.“ Sie nutzte die Kontaktmöglichkeiten ins Ausland, organisierte Seminare zu Israel oder China. An der Hochschule engagierte sie sich für Integration und für die Zusammenarbeit der Jusos mit der bulgarischen Hochschulgruppe, dem Türkischen Akademikerbund Bonn oder der Jugendorganisation des Rates der Muslime. Zwei Jahre nach ihrem Eintritt wurde sie Vorsitzende der Bonner Jusos.

Ein paar Ideen und Erfahrungen aus dieser Arbeit hofft sie auch in Berlin einsetzen zu können. So haben sie in Bonn mit dem „Roten Salon“ ein spezielles Angebot für junge Mädchen und Frauen entwickelt. Aus der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema politische Teilhabe sollen



Julia Maas ist neue Landessekretärin der Berliner Jusos. Foto: privat

praktische Ideen entstehen. Und so wichtig es auch sei, untereinander zu diskutieren: „Wir müssen zugleich den Schritt nach draußen machen.“

Einbringen kann sie in Berlin ihre Erfahrungen mit Gedenkstättenfahrten. Hier haben die Berliner Jusos ebenso wie die SPD eine langjährige Tradition. „Erinnerungskultur ist ein wichtiger Teil von politischer Arbeit.“ Deshalb will sie sich neben der Arbeit bei den Jusos in Berlin wie zuvor schon in Bonn im Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ engagieren. U.H. □

FRAKTION INTERN

Mehr Transparenz für Verbraucher. In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz des Berliner Abgeordnetenhauses hat sich die SPD-Fraktion für größtmögliche Transparenz für Verbraucher eingesetzt. Birgit Monteiro, Sprecherin für Verbraucherschutz, sagt: „Wir befürworten die Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen wie beim Modellprojekt des Bezirkes Pankow. Die CDU-Fraktion hat sich mit einem Antrag gegen die Veröffentlichung einer Negativ-Liste gewandt und will damit hinter die derzeitige Fassung des Verbraucherinformationsgesetzes und das transparente Bewertungssystem zurückfallen. Wie sich bei den Nachkontrollen im Bezirk Pankow zeigt, reagieren die betroffenen Betriebe sofort und sind vor allem selbst daran interessiert, einwandfreie Bedingungen schnellstmöglich herzustellen und nachzuweisen. Wenn es nach der CDU-Fraktion geht, würden die Berlinerinnen und Berliner nicht mehr erfahren, wo Ekelfleisch verkauft wurde und andere Verstöße begangen worden sind.“

Karstadt-Schließung in Biesdorf kritisiert. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Frank Jahnke, und die Marzahn-Hellersdorfer Abgeordnete Liane Ollech haben die geplante Schließung der Karstadt-Filiale im Biesdorf Center kritisiert. Die Abgeordneten fordern, dass alle Möglichkeiten geprüft werden, wie die Filiale und die Arbeitsplätze erhalten werden können: „Wir werden uns dafür stark machen und erwarten das auch von anderen Beteiligten. Sollte der Standort trotz Interventionen aufgegeben werden, müssen unbedingt sozialverträgliche Lösungen gefunden werden.“

Klientelpolitik bei Kindergelderhöhung. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Burgunde Grosse, und die sozialpolitische Sprecherin Ülker Radziwill kritisieren das schwarz-gelbe Bundeskabinett: „Die beschlossene Kindergelderhöhung muss bei allen Kindern ankommen. Es wäre ungerecht, ausgerechnet die Kinder von der Erhöhung des Kindergelds auszuschließen, deren Eltern Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung beziehen. Genau das plant die Bundesregierung: Das Kindergeld wird auf das Einkommen der Eltern angerechnet, so dass die Familien mit dem geringsten Einkommen leer ausgehen. Besserverdienende dagegen profitieren überdurchschnittlich: Für sie bringt der steuerliche Freibetrag mehr als die Kindergelderhöhung.“ Das sei schwarz-gelbe Klientelpolitik, so die beiden Abgeordneten. cs □

Sven Kohlmeier:

Mehr Bürgerrechte mit der SPD

Piratenpolitik als Herausforderung - Für notwendige Korrekturen sorgen

58.062 Berlinerinnen und Berliner entschieden sich am 27. September 2009 für eine ziemlich neue Partei, sie gaben ihre Stimmen den Piraten. Besonders in den Szenebezirken in der Innenstadt erhielten die Piraten viel Zustimmung, in Friedrichshain-Kreuzberg 6,2%, in Mitte 4,2%, in Pankow 4,3%. Aber auch in einem Bezirk wie Marzahn-Hellersdorf überholten die Piraten auf Anhieb die Rechtsextremen und erreichten 3,4% - was genau dem Berlinerergebnis entspricht. Die Piratenpartei war die stärkste Kleinpartei. Bei Landtagswahlen 2011 dürfte die 5-Prozent-Hürde aufgrund der geringeren Wahlbeteiligung durchaus zu knacken sein.

Neben diesem Wahlergebnis spricht aber auch die Tatsache, dass sich von Schweden aus in vielen Ländern auf allen Kontinenten Piratenparteien gegründet haben oder noch in Gründung sind, dafür, dass wir es mit einem langfristigen und breiten Phänomen zu tun haben. Ein neues Politikfeld und ein von den etablierten Parteien nicht erreichtes Milieu netzaffiner Arbeits- und Lebenswelten ist dabei, sich politisch auszudrücken. Besonders stabilisierend für diese Bewegung dürften neben dem Bürgerrechtsthema auch Fragen des geistigen Eigentums sein. Denn diese Themen sind bei einer größer werdenden Schicht von - oft selbstständigen - Arbeitern in kreativen Branchen von hoher ökonomischer Relevanz.

EIN NEUES POLITIKFELD

Zwei Entwicklungen sind Ursache für das Aufkommen des neuen Politikfelds, das die Piraten bedienen.

Erstens sind Datenbanken potenziell unbegrenzt in der Lage, Aspekte des öffentlichen und persönlichen Lebens zu registrieren und zugänglich zu machen. Zwar sind Datenbanken nichts Neues, entscheidend sind aber ihre gestiegene Kapazität, die Verknüpfung untereinander sowie die Kombination mit neuen Technologien zur Auswertung (beispielsweise Gesichtserkennung). Damit steigt die Gefahr des transparenten und voll überwachten Bürgers - sei es vom Staat, von Unternehmen oder von Kriminellen.

Die zweite Entwicklung ist die grenzenlose technische Reproduzierbarkeit geistigen Eigentums ohne relevanten Zeitverzug. Sie stellt eine der ökonomischen Grundlagen der Marktwirtschaft radikal in Frage: die Knappheit von Gütern. Ein Auto wird immer ein Auto bleiben, sein Tausch-



Sven Kohlmeier ist Mitglied des Rechtsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses. Foto: SPD

wert ergibt sich aus der begrenzten Verfügbarkeit. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Eine Software im Internet kann aber unendlich oft reproduziert werden, das Angebot steigt gegen unendlich und der Preis sinkt gegen Null. Damit ist die ökonomische Grundlage für Wirtschaften mit geistigem Eigentum zwar nicht entzogen, aber verändert: So verdienen Unternehmen mit freier Open-Source-Software ihr Geld nicht mit dem Verkauf von Lizenzen sondern mit der Anpassung an konkrete Anforderungen und dem Support. Inhalte mit einem Kopierschutz (bspw. das weitgehend gescheiterte DRM bei MP3-Dateien) zu versehen stellt den künstlichen Versuch dar, Grundlagen der alten Ökonomie ins Netz zu importieren - langfristig wird dieser Versuch scheitern.

Das Thema Datenschutz / Überwachung / Bürgerrechte verbindet sich - auf den ersten Blick etwas überraschend - mit dem Thema geistiges Eigentum, weil beide Themen in einer Lebenswelt des Netzes auf ein Milieu gestoßen ist. Der politische Wert des neuen Politikfelds ist die Freiheit: mehr Freiheit von Überwachung durch Dritte einerseits, mehr Freiheit vom Privateigentum an geistigen Inhalten (und bei Software auch an Produktionsmitteln) andererseits.

NEUE BÜRGERRECHTSTHEMEN

Bisher relevant für Deutschland als neue Bürgerrechtsthemen und teilweise auch

Grundlage für den Erfolg der Piraten sind viele Themen, von denen hier einige genannt seien:

- die Vorratsdatenspeicherung aller Kommunikationsdaten,
- die Online-Durchsuchung,
- die Sperrung kinderpornographischer Seiten im Internet, vor allem aber die Debatte um die Ausweitung dieser Sperrungen auf politische (rechtsextreme), jugendgefährdende (so genannte „Killerspiele“ anbietende) und das Urheberrecht verletzende Seiten,
- die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (beispielsweise bei der Internet-Telefonie Skype),
- die wachsende Anti-Terror-Datei,
- biometrische Daten in Reisepässen und Personalausweisen,
- die geplante elektronische Gesundheitskarte inklusive der Möglichkeit des zentralen Zugriffs auf Krankenakten,
- die Videoüberwachung durch den Staat,
- Datenschutzskandale in Unternehmen.

Insbesondere da, wo die Ermittlungsbehörden erweiterte Überwachungsrechte erhielten, ergab sich ein Paradoxon, das die Legitimität der beschlossenen Gesetze schwächte und das Misstrauen stärkte: Während internationale Terroristen professionell genug sein dürften, um den Überwachungsmaßnahmen technisch auszuweichen, sind durchschnittliche Nutzer der Neuen Medien dazu nicht in der Lage. Damit wird das stets vorgetragene Argument, es gehe nur um schwere Straftaten, fragwürdig. Ähnliches gilt für die von Schwarz-Gelb zunächst außer Kraft gesetzten Internetsperren.

NEUES RECHTSGEBIET UND LUKRATIVER MARKT

Das Internetrecht und das Recht der Neuen Medien haben sich zu einem neuen, ausufernden und für Rechtsanwälte auch lukrativen Markt entwickelt. Nicht nur die auch in der realen Welt auftretenden Fragen des Urheberrechts oder des Verbraucherschutzes haben ihren Weg in das elektronische Medium erfahren - und der Gesetzgeber hat hierauf teilweise zum Beispiel durch die Änderung des Urheberrechtsgesetzes oder der Verbraucherschutzrechte (unerlaubte Werbeanrufe; Widerrufsmöglichkeiten für Internetgeschäfte) reagiert.

Das Internet führt jedoch auch zu für Bürger unerfreulichen Begegnungen mit

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 8

regelrechten Wellen von Abmahnungen oder Abo-Fallen im Internet. Die Gerichte finden nur schwerlich die gesetzliche Grundlage, diese moderne Form des „Raubrittertums“, andere würden sagen, „elektronischen Ausbeutungspiraterie“, einzuschränken. Die geltenden Gesetze gereichen nicht, mit angemessenen rechtlichen Mitteln zu reagieren. Nur vereinzelt haben Gerichte den Abmahn- oder Abofällen-Anwälten rechtliche Grenzen gesetzt. So hat kürzlich das Amtsgericht Karlsruhe eine Abofallen-Anwältin zur Zahlung von Schadensersatz verurteilt, weil sie offensichtlich unberechtigte Forderungen beizutreiben versuchte.

FRAGEN DES URHEBERRECHTS

Differenzierter und rechtlich schwieriger stellt sich der Umgang mit Urheberrechtsabmahnungen dar. Mit Abmahnungen bei Verletzung von Urheberrecht durch Filesharing-Programmen stößt sich eine ganze Reihe von Anwälten reich. Dies resultiert aus den hohen Streitwerten, die bei einem Musik- oder Filmtitel - gerichtlich festgestellt - zwischen 10.000 EUR und 20.000 EUR betragen können. Ob der neu eingeführte § 97a UrhG, der die Erstattung von Anwaltskosten in einfach gelagerten Abmahnfällen auf 100 EUR begrenzt, auf Abmahnungen bei Musik- oder Filmuploads anzuwenden ist, ist höchstrichterlich noch nicht entschieden. So fallen selbst bei einem einmalig privaten Verstoß gegen das Urheberrecht, der sich in der Regel gegen den Anschlussinhaber und nicht gegen den Störer richtet, nicht nur die Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung (mit 30-jähriger Wirksamkeit), sondern auch hohe Rechtsanwaltskosten an.

Problematisch aus meiner Sicht ist, dass die Fortentwicklung des Rechts in den Fällen von Abmahnung oder Abofallen ausschließlich durch Richterrecht geprägt wird. Der Gesetzgeber muss sich der neuen Herausforderung durch das Recht der Neuen Medien annehmen und die geltenden Rechtsvorschriften anpassen und verbraucherverständlich und dennoch wirkungsvoll neu regeln.

NEUE EIGENTUMSFRAGEN

Da die schwedische Piratenpartei vor allem für die Legalisierung von Tauschbörsen im Netz eintreten, ist zu erwarten, dass die neuen Eigentumsfragen auch in Deutschland an Bedeutung gewinnen werden. Einige Beispiele:

- Die Legalisierung von Tauschbörsen im Netz,
- die Nutzung von Open-Source-Soft-

ware in der öffentlichen Verwaltung, um eher den heimischen Mittelstand statt Software-Riesen aus Übersee zu fördern und offene Standards sicherzustellen,

- die Abschaffung bzw. Eindämmung von Patenten auf Software, um kleinen und mittleren Software-Entwicklern Arbeitsmöglichkeiten zu geben und zu erhalten,

- keine Patentrechte auf Gene,

- die Verkürzung der Laufzeiten von Urheberrechten bei geistigem Eigentum,

- generelle Gemeinfreiheit für Inhalte, die mit staatlicher Förderung produziert werden.

Zur Legalisierung von Tauschbörsen wird die SPD als Volkspartei eine deutlich differenziertere Haltung als die Piraten einnehmen müssen, weil wir keine Einzelklientel zu Lasten anderer bedienen können. Gleichwohl kann auch die SPD hier für ein angemessenes Vorgehen des Staates plädieren, das Bagatellgrenzen miteinbezieht. Bei allen anderen Themen sollte die SPD prüfen, ob man Positionen der Piratenpartei übernimmt und weiterdenkt. Schließlich gibt es auf politische Inhalte kein Urheberrecht.

Insgesamt wird es darauf ankommen, dass wir organisatorisch, kommunikativ, programmatisch und vielleicht auch personell auf das Politikfeld „Neue Bürgerrechte, neue Eigentumsfragen“ reagieren. So könnte man z.B. den „Piraten in der SPD“ (wie eine meinespd.net-Gruppe heißt) die gleichen Rechte zur Antragstellung für Parteitage geben wie anderen Arbeitsgemeinschaften.

MÖGLICHE FORDERUNGEN FÜR DIE BUNDESEBENE

Für die SPD ergeben sich beim Themenfeld neue Bürgerrechte / neue Eigentumsrechte einige Punkte, bei denen sie ihre Regierungspolitik korrigieren und bisher nicht behandelte Themen angehen muss:

- Die Vorratsdatenspeicherung sollte durch die SPD abgelehnt und auf europäischer Ebene wieder rückgängig gemacht werden, weil hier die Unschuldsvermutung nicht gewahrt und das Missbrauchsrisiko zu hoch ist.

- Die Onlinedurchsuchung sollte von der SPD kritisch diskutiert werden. Voraussetzung muss eine klare gesetzliche Grundlage sein, die sich an den Regeln für die akustische Wohnraumüberwachung orientiert und analoge Regelungen schafft (Richtervorbehalt, besonders schwere Straftaten, siehe u.a. §§100c, 100d StPO).

- Internetsperren sind abzulehnen, weil diese Infrastruktur ein zu hohes Risiko der Zensur bietet. Vielmehr sollte auf Basis geltenden Rechts im Wege der internationalen Zusammenarbeit versucht werden, rechtswidrige Inhalte zu löschen.

- Rücknahme der Regelungen zur Erfassung biometrischer Daten in Pässen und Ausweisen.

- Ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz stand im SPD-Wahlprogramm und ist von Schwarz-Gelb geplant. Hier muss sich die SPD sichtbar beteiligen.

- Beendigung des Projekts der Elektronischen Gesundheitskarte.

- Grundlegende Reform des Bundesdatenschutzgesetzes unter Berücksichtigung der neuen informationstechnischen Möglichkeiten.

- Anpassung der Rechtsnormen des Urheberrechts in den Fällen von Abmahnungen durch Filesharing durch klare und der Höhe nach begrenzte Kostenerstattungspflicht für Verbraucher iSd § 13 BGB und Begrenzung von Unterlassungserklärungen auf längstens fünf Jahren.

MÖGLICHE FORDERUNGEN FÜR DIE LANDESEBENE

- Bisher wenig in den Blick geraten ist die Abbildung des öffentlichen Raums im Internet, z.B. durch Google-Street-View. Hier wird die Privatsphäre von Bürgern in Wohnstraßen nicht gewahrt. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, deshalb habe ich eine entsprechende Initiative für den nächsten Landesparteitag und die Gremien in der Abgeordnetenhausfraktion gestartet.

- Open-Source-Software sollte in der öffentlichen Verwaltung die Regel und nicht die Ausnahme sein. Entsprechende Beschlüsse sind im Senat durchzusetzen.

- Der Senat sollte seinen Bürgern garantieren, dass die Berliner Ermittlungsbehörden keine Onlinedurchsuchungen vornehmen, bis nicht eine adäquate rechtliche Grundlage (siehe oben) geschaffen wurde.

- Keine umfassende und flächendeckende Videoüberwachung in Berlin.

- Festhalten und Festlegung eines Zeithorizonts zur Einführung von kostenfreiem WLAN in Berlin, z.B. auch durch Kooperationen mit bisherigen freien und verfügbaren WLAN-Communities.

ERINNERUNG AN DIE ENTSTEHUNG DER GRÜNEN

Im Jahr 1979 erhielten die Grünen in West-Berlin 3,7% aller Zweitstimmen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Bei den Neuwahlen zwei Jahre später zog die neue Partei dann mit 7,2% ins Abgeordnetenhaus ein. Die Piraten haben 2009 unter ähnlichen Vorzeichen 3,4% der Stimmen erreicht. Das müsste auch die „E-Mail-Ausdrucker“ in der SPD wachrütteln - denn wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Sven Kohlmeier ☐

➡ mail@sven-kohlmeier.de. Weitere Informationen z.B. über Google-Street-View auf der Internetseite www.sven-kohlmeier.de

Eva Högl:

Die Partei öffnen

Wir müssen unseren Politikstil und unsere Diskussionskultur verbessern

Der 27. September 2009 ist eine Zäsur. Die SPD steht nach elf Jahren an der Regierung vor der Herausforderung, sich in der Opposition neu aufzustellen, zu alter Stärke zurückzufinden und verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen. In Berlin-Mitte ist es uns dank unseres engagierten und offensichtlich überzeugenden Wahlkampfes gelungen, das Direktmandat zu gewinnen. Das war immerhin eine gute Nachricht am Wahlabend. Es liegt viel Arbeit vor uns - vor allem in Berlin. Denn wir wollen 2011 bei den Wahlen im Bezirk und im Land wieder stärkste Partei werden!

Jetzt brauchen wir erstmal eine kritische Bestandsaufnahme. Das verheerende Wahlergebnis hat gezeigt, dass wir nicht mehr genug Überzeugungskraft für die Menschen in Deutschland entwickeln konnten, um erneut einen Regierungsauftrag zu erhalten. Zahlreiche Faktoren, die sich zum Teil noch gegenseitig verstärkt haben, haben dazu geführt, dass die SPD gesellschaftlichen Rückhalt verloren hat. Im Vergleich zu 1998 haben wir 10 Millionen Wählerinnen und Wähler verloren - sowohl an CDU/CSU und FDP als auch an Grüne und Linke - und viele SPD-Wählerinnen und Wähler sind dieses Mal überhaupt nicht mehr zur Wahl gegangen.

AGENDA WURDE NIE
AUSREICHEND ERKLÄRT

Die Agenda 2010 hat hier ohne Zweifel ihren Anteil. Die Agenda, die von der SPD aus staatspolitischer Verantwortung heraus als Modernisierungsprogramm konzipiert und verabschiedet wurde, ist nie ausreichend erklärt und vermittelt worden. Viele, die auf Parteitag und in den Parlamenten den Kurs mitgetragen haben, haben sich in der Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern davon distanziert, anstatt die Notwendigkeit der Maßnahmen und ihre positiven Aspekte zu erläutern. Und wir haben es nicht vermocht, rechtzeitig Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Ausweitung des Niedriglohnssektors, die unzureichende Vermittlung in den JobCentern und die Leiharbeit sind nur drei Bereiche, in denen die SPD rechtzeitig und selbstbewusst Korrekturen hätte einleiten müssen.

Als ASF-Landesvorsitzende kritisiere ich besonders die mangelhafte Durchsetzung unserer Forderungen in Sachen Gleichstellung. Bei den Themen Entgeltgleichheit, Steuerrecht, Gleichstellung in der Privatwirtschaft und Führungspositionen kön-



Eva Högl ist Mitglied des Parteivorstands und direkt gewählte Bundestagsabgeordnete in Mitte.

nen wir kaum Erfolge vorweisen. Das hat dazu geführt, dass gerade Frauen die SPD nicht mehr gewählt haben. Eine bittere Erkenntnis!

DIE GROSSEN LINIEN IM BLICK
BEHALTEN

Die SPD sollte sich in der nun folgenden Diskussion über ihre Inhalte, ihr Personal

und ihre Strategie nicht in Kleinigkeiten und Detailfragen verlieren, sondern auf die großen Linien und die wichtigen Ziele konzentrieren. Wir wollen unsere Gesellschaft in Deutschland, Europa und der Welt im Angesicht eines immer härter werdenden globalen Wettbewerbs, einer alternden Bevölkerung, sich verschärfenden sozialen Ungerechtigkeiten und einer weiter steigenden Schuldenlast fit für die Zukunft machen und die Errungenschaften unseres Sozialstaates für das 21. Jahrhundert erhalten.

NEUES VERHÄLTNISS VON
PARTEIFÜHRUNG UND BASIS

Die Neubestimmung des Kurses der Partei muss von einer neuen Zusammenarbeit der Parteiführung mit der Basis begleitet werden. Dazu gehört, dass wir den Umgang miteinander, unseren Politikstil und unsere Diskussionskultur verbessern. Wir müssen die Partei öffnen für junge Menschen, die heute andere Formen der Kommunikation und politischen Organisation nutzen, für Frauen, die in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert sind, für Menschen mit Migrationshintergrund, die uns auch in der Parteiführung repräsentieren sollten, für Quereinsteiger/-innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, und für Bündnisse mit neuen Gruppierungen und Bewegungen vom Klimaschutz bis zu Bürgerrechten.

Bei der kritischen Bilanz unserer Regierungsarbeit müssen wir fragen: Wo lagen unsere Erfolge und warum konnten wir diese nicht immer überzeugend vermitteln? Wo gab es inhaltliche Fehler? Eines muss dabei klar sein: Regierungshandeln ist immer auch mit Kompromissen und Abstrichen gegenüber den eigenen Wunschvorstellungen eines Parteiprogramms verbunden. Koalitionszwänge, Finanzierungsvorbehalte oder unvorhergesehene Entwicklungen sind Alltag einer jeden Regierung.

Und dann müssen wir uns in der Opposition schnell gut aufstellen. Die SPD darf ihren Anspruch, eine für alle Schichten wählbare Partei zu sein und alle Teile unserer Gesellschaft gut zu vertreten, niemals aufgeben. Wir müssen zeigen, dass wir regieren wollen und jederzeit dazu bereit sind. Für eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft, verantwortungsvolles politisches Handeln und das Ideal einer Gemeinschaft, an der alle Mitglieder gleichberechtigt teilhaben.

Eva Högl □

Bundesweit 3000 Neumitglieder

Schon vor ihrem Bundesparteitag in Dresden hat die SPD einen deutlichen Mitgliederzuwachs melden können. Nach der verlorenen Bundestagswahl traten bundesweit über 3000 Neumitglieder in die SPD ein.

Ende Oktober dieses Jahres waren bei der SPD damit insgesamt 513 788 Mitglieder registriert. Jetzt gehe es darum einzulösen, was man gemeinsam beschlossen hat: Die Öffnung der Partei in die Gesellschaft, sagte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel nach seiner Wahl. Diese Aufgabe stelle sich der ganzen Partei - von den Ortsvereinen über die Bezirke bis hin zu den Arbeitsgemeinschaften. „Politikwerkstatt“, fasste Gabriel zusammen, „das wollen wir jetzt machen.“ **BS** □

Sven Schulz:

Was heißt eigentlich: „Neu aufstellen“?

Auf die Bürger zugehen - mutig Konzepte präsentieren

Bei allem Chaos und Streit innerhalb der schwarz-gelben Koalition wird doch deutlich, in welche Richtung die neue Mehrheit marschiert: es geht ihr um Entsolidarisierung und Privatisierung! Umso wichtiger ist, dass die SPD wieder Fuß fasst. Dass sie sich in der Opposition „neu aufstellt“, wie es in diesen Tagen immer wieder so schön heißt. Nicht für uns, sondern für die Menschen, für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, denen es wegen der schwarz-gelben Politik schlechter gehen wird.

Doch was heißt das eigentlich: „Neu aufstellen“? Folgendes ist aus meiner Sicht dafür nötig: 1. Aufarbeitung der Vergangenheit, 2. Personelle Konsequenzen, 3. Auf die Bürger zugehen, 4. Mutig Konzepte präsentieren.

DEN BODEN FÜR DEN NEUANFANG BEREITEN

1. Über die Vergangenheit wird dieser Tage viel gesprochen. Das ist nötig. Denn nur so können wir den Boden für die künftige Arbeit bereiten. Viel ist auch schon dazu gesagt worden, was wir alles in den elf Jahren Regierungszeit falsch gemacht haben. Was wir programmatisch zurücknehmen müssen. Gleichzeitig sollten wir jedoch weiterhin selbstbewusst betonen, was wir Positives erreicht haben: für die Familien, in der Bildung, in der Umwelt- und Energiepolitik, bei der sozialen Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik, beim Kampf für Mindestlöhne, zuletzt bei der Krisenbewältigung inklusive dem Kurzarbeitergeld.

2. Auch über Personen haben wir bereits viel gesprochen. Da waren Konsequenzen nötig. An der Parteispitze haben wir sie gezogen. Wir finden für unsere Überzeugungen eigentlich starke Zustimmung in der Bevölkerung. Doch die Wählerinnen und Wähler haben ganz offensichtlich nicht das nötige Vertrauen in die SPD. Das hat sicher auch mit fehlendem Vertrauen in führende Persönlichkeiten zu tun.

3. Ein Weiteres kommt hinzu: Wie gehen wir mit den Menschen um? Sprechen wir mit ihnen? Hören wir uns an, was sie zu sagen haben oder wollen wir ihnen Politik von oben verordnen? Das fängt übrigens innerhalb der SPD an. Einen wesentlichen Grund für diese Niederlage sehe ich darin, dass die Partei- und Regierungsspitze zu wenig diskutiert hat. Wir müssen wieder mehr mit den Menschen sprechen, uns mit ihnen zusammensetzen, auch gesellschaftliche Gruppen ansprechen.



Swen Schulz ist Spandauer Bundestagsabgeordneter.

4. Vergangenheitsaufarbeitung, personeller Neuanfang, auf die Menschen zugehen - letztlich muss all das dem Ziel dienen, dass wir überzeugende Konzepte stark präsentieren. Und zwar mit dem Mut zum Konflikt. Denn wenn wir zaghaft sind, es allen Recht machen wollen, dann wird das nichts. Eine Volkspartei sein zu wollen darf nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden. Denn wir wollen die soziale, gerechte und freie Gesellschaft. Und dies bedeutet, sich mit Mächtigen anzulegen! Ich bin sicher, dass wir mit unserer Politik weit mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger erreichen können. Es ist eine Politik für die Menschen vom Rand bis in die vielbeschworene Mitte der Gesellschaft. Für Menschen, die sehen, dass der Staat nötig ist um zu helfen und zu gestalten und dass jeder seiner Leistungsfähigkeit entsprechend seinen fairen Anteil zum Gemeinwesen beizutragen hat.

Wie sieht eine solche Politik konkret aus? Ich möchte das am Beispiel der Familien- und Bildungspolitik deutlich machen. Schwarz-gelb will das Kindergeld sowie die Steuerfreibeträge für Kinder erhöhen. Viele in der SPD trauen sich nicht, gegen Kindergelderhöhung zu sein. Zu einer entschlossenen SPD gehört aber die Wahrheit zu sagen und eine bessere Alternative zu präsentieren. Die Wahrheit ist, dass dieses ganze System der Freibeträge und des Kindergeldes Mist ist. Denn erstens profitieren von den Steuerfreibeträgen die Familien mit hohem Einkommen deutlich mehr als Durchschnittsverdiener. Und schwarz-gelb verschlimmert das alles noch. Künftig wird es bis zu 275 Euro monatlich je Kind an Steuervergünstigung geben. Aber lediglich 184 Euro Kindergeld. Rund 90 Euro erhalten Spitzenverdiener mehr für ihr Kind. Was für eine Logik: Wer mehr hat, der bekommt

auch mehr! Außerdem sehen Kinder aus Familien, die Hartz IV bekommen, nichts von der Kindergelderhöhung. Ihnen wird also gar nicht geholfen. Das ist zwar im System der Unterstützungsleistungen logisch, doch letztlich unbefriedigend.

Zweitens stellt sich die Frage, wo das letztlich ja knappe Geld am sinnvollsten investiert wird: in finanzielle Transfers oder in bessere Bildung. Die Antwort fällt, auch im internationalen Vergleich, ganz eindeutig aus: in bessere Bildung und Betreuung! Wir haben weltweit die größten Finanzflüsse zu den Familien, aber gleichzeitig eine der höchsten Kinderarmutsquoten - inklusive Vererbung von Armut.

Wir müssen uns vergewissern, was aus sozialdemokratischen Grundsätzen heraus geboten ist: 1. Jedes Kind ist uns gleich viel Wert! 2. Wir bekämpfen Armut! 3. Wir wollen Chancengleichheit! Daraus folgt zwingend, dass wir die Unterstützungsleistungen für Familien auf ein gleiches Niveau bringen. Es gibt interessante Vorschläge für eine Grundsicherung, die allen Kindern gleichermaßen zukommt. Deren Finanzierung muss gerecht über Steuern bzw. die Streichung von Steuerprivilegien erreicht werden. Und zum Weiteren müssen wir vor allem Wert auf höhere Investitionen in Bildung legen, weil letztlich nur über diesen Weg Probleme gelöst und Perspektiven eröffnet werden.

DIE ÄRMEL HOCHKREMPELN UND MITHELFEN

Diese Politik nimmt die Stärkeren in Verantwortung. Gut begründet! Und sie hilft gleichzeitig den Schwachen wie auch dem Mittelstand, weil auch ihnen mehr Gerechtigkeit zuteil wird und auch sie ein besseres Bildungssystem begrüßen. Zudem garantiert sie den sozialen Frieden ohne den eine freie Gesellschaft undenkbar wäre. Von diesem Ziel, eine sozial gerechte und freie Gesellschaft anzustreben, können wir auch viele derjenigen überzeugen, die wir stärker in die Pflicht nehmen wollen. Den Widerstand der anderen nehmen wir in Kauf.

Das ist nur eine kleine Skizze zu einem komplizierten Thema, zu dem es im Detail viel mehr zu sagen gäbe, bei dem Vieles zu bedenken ist. Aber dieser Arbeit müssen wir uns jetzt stellen. Wir sollten die Freude daran entdecken. Jetzt gilt es die Ärmel hochzukrempeln und mitzuhelfen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Denn Deutschland braucht, die Menschen brauchen eine starke SPD! **Sven Schulz** □

Frank Kirstan:

Her mit den Visionen!

Die SPD braucht Persönlichkeiten, die das wahre Leben repräsentieren

Wie tief soll die sozialdemokratische Idee - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität - in der Bundesrepublik noch abstürzen, bevor wir endlich die Reißleine ziehen und den Schutzschirm für unsere Grundwerte aufspannen? Häufig sind in den Tagen seit dem 27. September 2009 Zahlen bemüht worden, um das Wahldesaster der SPD zu beschreiben. Meines Erachtens ist das auch ein probates Mittel, uns den Zustand unserer Partei vor Augen zu führen:

○ Die SPD erzielte das schlechteste Ergebnis bei Bundestagswahlen seit 1949.

○ Innerhalb von einem Jahrzehnt halbierte sich der Anteil der SPD-Stimmen von 20 Millionen auf rund 10 Millionen.

○ Die Zustimmung bei Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern, Gewerkschaftsmitgliedern sowie Jungwählerinnen und Jungwählern ist zurückgegangen.

○ Gegenüber der Bundestagswahl 2005 verliert die SPD 11,2 Prozentpunkte.

○ Am 27. September 2009 hat die SPD 2,1 Millionen Stimmen an die „Nichtwählerinnen“ und 3,7 Millionen Stimmen an Linkspartei (1,1 Mio.!), Union, Grüne und Liberale verloren (Daten von Infratest-dimap).

○ Und noch tiefer sind wir in Berlin gefallen: Minus 14,1 %!

ÜBERLEBENSFRAGEN FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE

Meines Erachtens ergeben sich daraus zwei (Überlebens-) Fragen für unsere Partei:

○ Wie konnte es zu diesem Wahldesaster kommen?

○ Welche Konsequenzen müssen wir aus dem Wahldesaster ziehen?

Für die erste Frage kommen aus meiner Sicht zwei zentrale Aspekte zum Tragen. Es war ein historischer Fehler, die Interessen der Erwerbstätigen, die Frage der Generationensolidarität und das Verhältnis zu den Gewerkschaften, zu vernachlässigen. Das Fundament sozialdemokratischer Mehrheitsfähigkeit wurde dadurch nachhaltig beschädigt. Die so genannte „neue Mitte“ konnten wir nie so richtig finden und bewegten uns seitdem auf tönernen Mehrheitsfüßen, die uns am 27.09.2009 dramatisch wegbrachen. Zukünftig gilt: Erst muss das Fundament erneuert werden, um Vertrauen zurück zu gewinnen, dann können wir darauf aufbauen und weitere Wählerschichten von unserer Politik überzeugen.

Der zweite Aspekt meint die mangelhafte Kommunikation und Erklärung der Poli-



Frank Kirstan ist stellvertretender Landesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA).

tikentscheidungen bei Rente, Gesundheit und insbesondere der Arbeitsmarktpolitik gegenüber der Bevölkerung, noch dazu mit kaum erkennbarem sozialdemokratischem Herzblut. Das hat unsere Erfolge (z. B. Ausweitung Entsendegesetz, Einführung Elterngeld und verbesserte Kinderbetreuung, Atomausstieg, Pflegereform) nachhaltig überschattet.

NEGATIVE ASSOZIATIONEN WAREN NICHT ZU ÜBERWINDEN

Die negativen Assoziationen und auch konkreten Folgen, die die Menschen mit dem Gesundheitsfonds, Hartz IV und der Rente mit 67 verbinden, konnten wir nicht überwinden. Für rund 70 % der Wählerinnen und Wähler hat die SPD mit Hartz IV und Rente mit 67 ihre Glaubwürdigkeit verloren und damit eine Vertrauenskrise ausgelöst (Analyse ARD am Wahlabend). Die Philosophie des „Basta und so machen wir das“ ist und bleibt pädagogisch nicht besonders wertvoll und hat für uns bis heute verheerende Auswirkungen.

Darüber hinaus ist für Berlin festzustellen, dass der Umgang einiger sozialdemokratischer Mitglieder des Senats mit den Gewerkschaften und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den vergangenen Jahren mit Sicherheit einen „aktiven Absturzbeitrag“ der SPD in dieser Stadt geleistet hat. Falls jemand dieses Thema unterschätzen sollte: Wir reden von 108.000 Kolleginnen und Kollegen, die sich bei der Feuerwehr, Verwaltung, Polizei, Justiz, im

Gesundheitswesen und in der Kinder- und Jugendhilfe für Berlins Bürgerinnen und Bürger engagieren. Also mit deren Angehörigen um eine Gruppe von rund 300.000 Menschen in dieser Stadt.

WERTSCHÄTZUNG DER ARBEIT

Diese Kolleginnen und Kollegen brauchen keine Wahlgeschenke, sondern erwarten eine Wertschätzung ihrer Arbeit und Tarifverhandlungen mit ihren Gewerkschaften auf Augenhöhe mit dem Ziel, einen fairen Interessenausgleich zu erreichen. Die vielfältigen Äußerungen, insbesondere eines Protagonisten in dieser Sache, die diese Beschäftigten über sich ergehen lassen mussten, erspare ich mir an dieser Stelle lieber.

SCHLÜSSE ZIEHEN:

○ Wir brauchen eine sachliche, schonungslose Analyse unserer Regierungspolitik des letzten Jahrzehnts. Dabei geht es insbesondere um die Art und Weise, wie wir den Willensbildungsprozess in der Partei gestaltet haben und wie wir die Kommunikation mit den Menschen führten. Das „Durchstellen“ der „Vordenke“ aus dem Willy-Brandt-Haus und den Ministerien (hat sich ja vorerst erledigt...) hinein in die SPD Gliederungen, verbunden mit der doch häufigen Nicht(be)achtung der Beschlusslagen muss, jedenfalls in der erlebten Form, endlich beendet werden!

○ Wir brauchen keine Tabuisierung der Linkspartei, sondern müssen uns inhaltlich auseinandersetzen.

○ Wir brauchen Persönlichkeiten, die das wahre Leben repräsentieren, unsere Politik authentisch vermitteln und wissen, was sozialdemokratisches Herzblut bedeutet. Ausgeprägtes Karrieredenken von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, um es diplomatisch auszudrücken, hat unserer Partei nicht unerheblich geschadet.

○ Mit Blick auf die Wahlen 2011 müssen wir in Berlin unsere Bildungsreform endlich mal zu Ende denken, anschließend erfolgreich umsetzen und dafür auch das nötige Geld in die Hand nehmen. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften muss deutlich verbessert und dem Thema Arbeitsmarktpolitik eine viel größere Bedeutung zugemessen werden. Es ist mir völlig unverständlich, warum wir dieses Feld der Linkspartei in Berlin weitgehend überlassen und das Profil einer unserer Kernkompetenzen, Arbeit & Soziales, nicht stärker schärfen.

Frank Kirstan □

Dieter Winkler:

Zeitgeist links von der Mitte produzieren

Die Krise der SPD ist keine Frage von „rechts“ oder „links“

Als nach der Bundestagswahl von 2005 die angekündigte 18%ige „Merkel“-Mehrwert-„Steuer“-Erhöhung zu einer 19%igen „Müntesteuer“ mutierte, sagte mir ein Nachbar: Solange dein Parteivorsitzender Müntefering heißt, werde ich die SPD nicht mehr wählen. Und als M. voriges Jahr erneut Vorsitzender unserer Partei wurde, meinte dieser Nachbar: Kannst du dich noch an mein Versprechen erinnern? Ich werde es halten.

Zuvor hatte mir schon ein anderer Bekannter mitgeteilt, dass er künftig Merkel seine Stimme geben wolle, weil die den Kurnaz aus Guantanamo rausgeholt habe. Und während des S-Bahn-Desasters in diesem Sommer erinnerte mich ein Freund daran, dass unsere Partei in den letzten zehn Jahren den Bundesverkehrsminister gestellt hätte. Ein weiterer Freund glaubte nicht übersehen zu dürfen, dass die FDP uns im Wahlkampf einen Widerspruch der Agenda 2010 demagogisch geschickt um die Ohren hauen würde: den Widerspruch zwischen der Forderung nach vermehrter privater Altersvorsorge und gleichzeitiger realer Reduzierung eines potentiell vorhandenen sogenannten Schonvermögens.

In den zehn Jahren unserer Regierungsbeteiligung ging es zweifellos um eine Modernisierung unseres Landes: Beschleunigung des mit der „Kreislaufwirtschaft“ von Klaus Töpfer begonnenen ökologischen Umbaus unserer Wirtschaft, Forcierung der Förderung aller Begabungen im Volk (einschließlich der Migranten), Ausbau einer auf eine weiterentwickelte Gleichberechtigung der Geschlechter ausgerichteten Kinderpolitik, Erhöhung der Effizienz des öffentlichen Dienstes, Umbau des noch spätfudal strukturierten Sozialsystems. Einige Bemerkungen zum letzten Punkt!

Wir besitzen in der Bundesrepublik nicht ein „soziales Netz“, sondern - vergrößert - deren zwei:

- Eines für eine Oberschicht: mit Pensionen als Alterssicherung und „privater“ Krankenkasse

- und eines für normale Menschen: mit Renten als Alterssicherung und gesetzlicher Krankenkasse.

(Spezielle soziale Leistungen gibt es zudem für Bauern, Künstler, Berufspolitiker.)

Die „Reformen“ der Regierung Schröder brachten u. a. „Einschnitte“ in das soziale Netz für normale Menschen - bis hin zu der absurden Variante von Kommunismus, Leute, die jahrzehntelang gearbeitet hatten, mit Leuten gleichen Alters, die kaum gearbeitet hatten, bei der Zuteilung sozia-



Dieter Winkler, Autor und Historiker. Foto: Horb

ler Leistungen („Hartz IV“) gleich zu setzen. Auffällig zudem, zu wie viel neuer Arbeit diese „Reformen“ ausgerechnet beim Sozialgerichtswesen führten.

Parallel zur Absenkung der Sozialleistungen für viele normale Menschen gab es Einkommensverbesserungen für Reiche wie die signifikante Senkung des Spitzensteuersatzes, den Verzicht auf die Wiedereinführung der Vermögenssteuer usw., also den Verzicht auf Elemente des Steuersystems, die bei allen Bundeskanzlern von Adenauer bis Schmidt selbstverständlich gewesen waren.

Eine Modernisierung des „sozialen Netzes“ sollte m.E. heute aber nur noch eines heißen: Ersetzung der auf soziale Kastensicherung ausgerichteten Struktur durch reine Leistungsorientierung. Und damit auch sozialer Transparenz. Also: Alterssicherung wie in der Schweiz, Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, Abschaffung der größten Ungerechtigkeit in unserem Sozialwesen: Subventionierung der arbeitslosen Ehefrauen Reicher über das sogenannte Ehegattensplitting bei gleichzeitiger Streichung des Anspruchs auf eigene Sozialleistungen bei langzeitarbeitslosen Ehefrauen Normalverdienender über die Konstruktion der sogenannten Bedarfsgemeinschaft.

In der „Zeit“ vom 15. Oktober sagt Franz Müntefering u.a.: Lafontaine habe unsere Partei „verraten“. Da ich so alt bin wie M. und aus der DDR komme, kann ich mich noch erinnern, dass in der SED Ulbrichts Herbert Wehner als Verräter gegolten hatte. Ich habe mir bei meinem Eintritt in die SPD nicht vorstellen können, dass mir in dieser alten demokratischen Partei noch einmal Denkmuster zugemutet werden könnten, die ich vorrangig aus dem kommunistischen Reservoir kenne.

Es ist m.E. deshalb sinnvoll, nachzulesen, was Siegfried Heimann, Vorsitzender der Historischen Kommission bei unserem

Landesvorstand zum Thema „Verrat in der Arbeiterbewegung“ verfasst hat. Er schreibt: „Ein bereits zu Zeiten der Weimarer Republik gängiges Schlagwort über die Sozialdemokratie begann mit der Frage ‚Wer hat uns verraten?‘ und die Antwort war stets schnell zur Hand. Es waren ‚Sozialdemokraten!‘ Die Antwort war nicht nur schnell gefunden, weil es sich so griffig reimt; sondern auch, weil es weniger darum ging, die Sozialdemokratie zu kritisieren, sondern vor allem sie zu denunzieren.“

Die gegenwärtige Krise unserer Partei, wohl ihre tiefste Krise seit 1945, ist auch meiner Meinung nach nicht vordringlich eine Frage von „rechts“ oder „links“; ich z.B. bin in Fragen der Steuerpolitik ein Linker und bei Fragen der Kriminalitätsbekämpfung ein Rechter. M. E. ist diese Krise vor allem eine Sache des Niveaus und der Stringenz unserer Politik seit dem großen Wahlsieg von 1998.

Wenn wir uns den massenhaften Weggang von Wählern aus der Mitte in diesem Jahr ansehen, fällt z.B. auf, dass es in diesen Krisen offenbar von wenig nachhaltiger Wirkung war, dass gerade unsere Partei den Spitzensteuersatz gesenkt, die Vermögenssteuer nicht wieder erhoben, das private Element in der Sozialvorsorge gestärkt hat. Gewendeter Vulgärmarxismus dürfte da als Erklärung also kaum dienen können. Es müssen das Wahlverhalten in der Mitte folglich weitere Faktoren wesentlich beeinflussen. Einer meiner Künstler-Bekanntesten hat z.B. Gerhard Schröder, seit der zu Beginn seiner Kanzlerschaft so gern in Armani posierte, nur noch als Parvenu verspottet. Und die fernsehöffentliche Claqueursdarbietung am Wahlsonntagabend im Willy-Brandt-Haus erzeugte bei Freunden auch nur noch Hohn und Spott.

Für das Bildungsbürgertum, von der Absenkung des Spitzensteuersatzes selbst kaum betroffen, ist es in nicht geringem Maß der politische und persönliche Stil des Führungspersonals einer Partei, der Eindruck macht. Oder auch nicht macht. Auch dieses Wissen ist unserer Partei offenbar verloren gegangen. Wenn wir aus der derzeitigen Krise im nächsten Jahrzehnt wieder hinaus wollen, benötigen wir dafür als Spitzenpersonal keine mehr oder minder guten Verkäufer von zeitgeistkompatibler Politikware, sondern Konstrukteure einer Politik, die es vermögen, neuen, nachhaltigen Zeitgeist links von der Mitte, unserem traditionellem Tätigkeitsfeld, zu produzieren. Bei der „neuen Ostpolitik“ war unserer Partei so etwas schon einmal gelungen.

Dieter Winkler □

Standortbestimmung:

Was macht ein linkes Leben aus?

Siegfried Heimann über Etiketten in der Politik und das Ziel einer besseren Welt

„Linke Lebensläufe“ will das August-Bebel-Institut (ABI) erforschen und dokumentieren. Aber was ist heute oder auch im Rückblick links? Siegfried Heimann, Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD, hat Antworten auf diese Frage auf einem Workshop des ABI umrissen. Die Berliner Stimme dokumentiert seinen Vortrag in leicht gekürzter Fassung.

Was ist ein linker Lebenslauf? Ich könnte es mir natürlich leicht machen und mich auf den großen Aphoristen Ernst Jandl berufen, der sich abschließend zu diesem Problem geäußert hat. Er schrieb: Viele glauben, dass man lechts und links nicht verwechseln kann. Werch ein Illtum.

Aber es geht ja nicht um links oder rechts, es geht nicht darum, was ist ein Rechter oder ein Linker in der Partei, in den Parteien, in der heutigen Tagespolitik.

Es geht um den Lebenslauf einer Frau oder eines Mannes, es geht um die Biographie eines Menschen, der am Ende eines langen oder auch weniger langen Lebens sagen kann, er habe sich im Laufe der Zeit verändert, er sei sich aber auch treu geblieben. Er habe seine Überzeugung nicht seiner Karriere, seinen politischen Erfolgen, dem guten Verdienst geopfert. Solche Lebensläufe gibt es, sie sind beeindruckend und wert, sich ihrer zu erinnern. Aber sie sind nicht per se auch links. Was also ist ein spezifisch „linker“ Lebenslauf?

Wir sind ja im Urteil über unsere Mitgenossen oft sehr schnell bei der Hand mit einem Etikett, dem wir auch schnell die Bezeichnung links oder rechts mitaufkleben oder auch verweigern.

EIN „GESTANDENER LINKER“

Ich erinnere mich, wie ich einem guten Freund gegenüber von einem Genossen berichtete und diesen einen „gestandenen Linken“ nannte. Der gute Freund fragte erstaunt, wieso links, ich denke er ist in der SPD. Das Gütezeichen links durfte offenbar einem Sozialdemokraten nicht gewährt werden.

Nun sind aber auch die Mitglieder der SPD nicht faul, wenn es gilt, die eigenen Genossen als links oder rechts zu bezeichnen und daraus innerparteiliche Frontlinien zu machen. Es „kreiselt“ und „klüngelt“ ja in der SPD, seit es die Partei überhaupt gibt. In der Berliner SPD sind nur noch älteren Genossinnen und Genossen die Bezeichnungen „Keulenriege“ oder „Pfeifenklub“ aus der Parteigeschichte der Nachkriegszeit bekannt. Sie standen für die



Siegfried Heimann ist Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD.

Foto: Horb

linken oder rechten Sozialdemokraten in der Berliner SPD der fünfziger Jahre und damals war die Doppeldeutigkeit der Namen Anlass zu allerlei Häme. Aber wer kennt heute schon noch den Berliner Ausdruck „Keule“ oder das „Tabakkollegium“ eines preußischen Königs. Heute nennt man sich lieber nach Wochentagen oder Ortsteilen von Berlin, wenn nicht sogar die Bezeichnung „links“ in der Gruppenbezeichnung offen genannt wird, etwa bei der „Parlamentarischen Linken“.

Wie sehr bei der Zuordnung die Tagespolitik eine Rolle spielt, will ich an einem Beispiel aus meiner eigenen Beschäftigung mit der Berliner Sozialdemokratie belegen. Ich stand in den sechziger Jahren als Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes vor allem der Berliner SPD ziemlich fern. Der Außenminister und Bundeskanzler Willy Brandt und seine neue Ostpolitik schafften es, dass ich meinen Frieden mit der SPD machte.

Ich begann über die SPD der Weimarer Republik wissenschaftlich zu arbeiten. Die Linken in der damaligen SPD waren leicht auszumachen, allen voran Paul Levi, der Lebens- und Kampfgefährte von Rosa Luxemburg, der aus der KPD ausgeschlossene KPD-Vorsitzende und seit 1922, seit seiner Rückkehr in die SPD, bis zu seinem frühen Tode im Jahre 1930 einer der Sprecher der SPD-Linken in der Weimarer Republik.

Zu dieser SPD-Linken zählten auch viele, die 1931 mit der SPD brachen und die SAP gründeten - Willy Brandt gehörte dazu. Sie schlossen sich noch während des Krieges oder kurz danach wieder der SPD an. Sie gehörten hier in Berlin zu den leidenschaftlichen Vorkämpfern gegen eine Zwangsvereinigung mit der stalinistischen KPD,

deren terroristische Praxis sie in Spanien oder in Moskau oft leidvoll erfahren mussten. Die aus der Zwangsvereinigung entstandene SED wiederum machte die Haltung zur Vereinigung von KPD und SPD im Jahre 1946 zum Kriterium dafür, ob einer oder eine links oder rechts in der SPD zu verorten gewesen war.

LINKS IN DER SPD

Während meiner Arbeit an einem Buch über die Berliner Falken, der SPD-nahen Jugendorganisation machte ich zahlreiche lebensgeschichtliche Interviews und ich machte eine mich sehr irritierende Erfahrung. In den Erzählungen der ehemaligen Falken war Willy Brandt der Anführer der rechten Berliner SPD, der der linken Berliner SPD um Franz Neumann allmählich das Wasser abgrub. Zu den Anhängern Neumanns wiederum gehörten zum Zeitpunkt meiner Interviews einige zu den größten Kritikern Brandts, den sie wegen seiner Ostpolitik tadelten. Einige waren deswegen aus der SPD ausgetreten und manche machten sogar Wahlkampf für Franz-Josef Strauß.

Und noch ein Hinweis, was kein Kriterium für einen linken Lebenslauf sein kann. Das Bekenntnis zu einer Religion oder zum Freidenkertum kann nicht heißen, dass der eine mehr links oder die andere mehr rechts einzuordnen ist. In der Weimarer Republik gehörte es zum Karrieremuster gerade in der damals links wahrgenommenen Berliner SPD, dass ein höheres Parteiamt nur nach dem erklärten Kirchenaustritt möglich war. Dabei gehörten die auch in Berlin aktiven Religiösen Sozialisten um Paul Piechowski, um Paul Tillich und Eduard Heimann zu den großen Warnern vor dem aufkommenden Faschismus, während ein Teil der Berliner Sozialdemokraten mit lupenreiner Kirchenaustrittsvita angesichts der nazistischen Drohung in einfalllosen Immobilität verharrte. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, meine Sympathien im jüngsten Berliner Kirchenkampf gehörten „Pro-Ethik“. Und die gar nicht kleine Gruppe „Christen pro Ethik“ bewies, dass Mitgliedschaft in der Kirche nicht heißen musste, einem Bischof alles nachzubeten.

Wo also bleibt der linke Lebenslauf? Klar ist bisher lediglich geworden, dass die jeweiligen tagespolitischen Zuordnungen oder gar Selbstbezeichnungen wenig hilfreich sind, um einen linken Lebenslauf zu charakterisieren. Um die Verwirrung zu vergrößern, sei noch angefügt, dass ich

Fortsetzung von Seite 12

selbst, nachdem ich mich intensiv mit der Biographie von Willy Brandt und auch von Franz Neumann beschäftigt habe, in beiden gestandene linke Sozialdemokraten sehe. Beide, so verschieden sie selbst im persönlichen Leben waren und so verschieden sie politisch agierten, zeichnen sich durch einen linken Lebenslauf aus.

Was also ist das Gemeinsame an den beiden so verschiedenen Biographien?

Neumann und Brandt sahen sich als Teil einer großen sozialen und politischen Bewegung, die im 19. Jahrhundert ihren Anfang nahm und die sich für die sozial und politisch Entrechteten einsetzte. Nicht im patriarchalischen Sinne, sondern in dem Bewusstsein, dass diese Entrechteten ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen hatten.

Beide zogen oft unterschiedliche Schlüsse aus dem gesellschaftlichen Umfeld und kamen in der Einschätzung der tagespolitischen Situation zu unterschiedlichen Ergebnissen, was nicht zuletzt ihre innerparteiliche Gegnerschaft erklärt. Aber sie blieben stets ihrer Überzeugung treu, dass sie Teil dieser Bewegung sind, dass sie sich nicht als eine selbsternannte Avantgarde dieser Bewegung verstehen dürfen, aber diese Bewegung auch nicht als bloßes Instrument missbrauchen dürfen, um die eigene Karriere zu befördern. Überzeugungstreue hieß, dass die Mitgliedschaft in der Partei nicht sakrosankt war, hieß aber auch, dass man auch nicht wegen innerparteilicher Niederlagen beleidigt den „Bettel“ hinschmiss.

Vor Jahren hatte der Großvater von Wolfgang Abendroth diesem ins Stammbuch geschrieben, er solle stets darauf bedacht sein, nicht von der Arbeiterbewegung zu leben, sondern für sie. Die Arbeiterbewegung gibt's so nicht mehr wie zu Kaiserszeiten, aber im übertragenen Sinne gilt das noch heute. Gerda und Hermann Weber, beide aus der KPD zur SPD gekommen, haben ihre Biographie überschrieben: „Leben nach dem Prinzip links“, in ihrem Buch können wir nachlesen, was damit gemeint ist.

Und noch ein Beispiel: Björn Engholm berichtete jüngst, was ihn antrieb, als er sich in den sechziger Jahren der SPD anschloss. Er sagte: „Wir wollten die Welt verändern ... 80% unserer Zeit haben wir damals darin investiert, dass diese Welt anders wird. Und 20% war: Wer kommt wohin? Wer wird wo Ausschussvorsitzender? Das Verhältnis darf sich nicht umkehren in der SPD, nach dem Motto: 80% für Karriere, 20% für die Welt.“

Die Welt, so Engholm, sollte anders werden, das meinte natürlich, nicht irgendwie und egal in welche Richtung. Die Welt sollte für einen möglichst großen Teil der in ihr lebenden Menschen besser werden, nicht



Linke Widersacher: Franz Neumann und Willy Brandt.



Fotos: BS-Archiv, Horb

auf Kosten anderer, noch Ärmerer, sondern ein menschenwürdiges Leben für alle, frei von Angst, vor Hunger, frei für alle Chancen der Bildung und der Verwirklichung eigener Hoffnungen und Wünsche sollte erkämpft werden. Wohl gemerkt: erkämpft! Ein solches Ziel fiel denjenigen, die es erreichen wollten, nicht in den Schoß.

Deshalb hat die Frau oder der Mann mit einem linken Lebenslauf eine Utopie von dieser besseren Welt, die sie oder er im Laufe des Lebens verwirklichen will. Der sehr missverständliche Satz Helmut Schmidts „Wer Visionen hat, soll zum Psychiater gehen“, wurde und wird innerparteilich, nur zu gerne genutzt, um eine pragmatische Tagespolitik zu rechtfertigen, die nicht in der Lage war und ist, über den Tellerrand zu schauen.

Aber wer eine Utopie entwirft, muss auch wissen, dass sie „nirgendwo“ zu finden ist, dass es nicht bedeuten kann, eine bessere Welt am Reißbrett zu entwerfen, die es nur 1 : 1 umzusetzen gilt, ob die Menschen, die es betrifft, das so wollen oder nicht.

So richtig der Text des Liedes deshalb ist: „Es rettet uns kein Gott, kein König, kein Tribun, uns aus dem Elend zu erlösen, das müssen wir schon selber tun“. Übersehen wird oft, wenn Sozialdemokraten dieses Lied (meist nach Mitternacht) lauthals singen, dass die Betonung dabei auf „wir“ liegt. Der Text des Liedes sagt auch nicht, das muss die Partei oder gar das Politbüro für uns tun.

GEPRÄGT VON KRITISCHEN ZWEIFELN

Deshalb ist ein linker Lebenslauf geprägt von kritischen Zweifeln, von ständiger Überprüfung der eigenen Haltung zu den wichtigen gesellschaftlichen Fragen und gerade nicht von überheblicher Besserwisserie. Diese Zweifel können auch die Mitgliedschaft in einer Partei infrage stellen, sie können aber auch zur Folge haben, der Partei dennoch die Treue zu halten.

Die Mitgliedschaft in einer bestimmten „linken“ Partei oder „linken“ Organisation

kann daher auch kein Kriterium für einen linken Lebenslauf sein. Kriterium allein ist die Treue zur linken Überzeugung, die Welt zum Besseren verändern zu wollen und nicht der politischen Karriere zu opfern.

„Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird, ich weiß aber, dass es anders werden muss, damit es besser wird“, sagte Lichtenberg vor über 200 Jahren. Deshalb schwimmt die Frau oder der Mann mit einem linken Lebenslauf immer gegen den Strom und verzweifelt darüber dennoch nicht. Das war der Wahlspruch von Ossip K. Flechtheim, der im März 2009 hundert Jahre alt geworden wäre. Flechtheims Weg führte ihn durch viele Parteien und Organisationen, aber er ist sich treu geblieben. Auch er hielt, um Marc Bloch zu zitieren, „Duldsamkeit gegenüber der Unwahrheit, unter welchem Vorwand auch immer sie geübt werden mag, ...für die schlimmste Seuche des Geistes“. Mit anderen Worten: Flechtheim hatte einen linken Lebenslauf.

Warum aber ist es so wichtig, sich der linken Lebensläufe zu vergewissern? Natürlich ist es wichtig, die gesellschaftlichen Verhältnisse, in der die Menschen - Linke wie Rechte - leben, genau zu untersuchen und die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte kritisch zu analysieren.

Aber, wie es Lucien Febvre, zusammen mit Marc Bloch einer der Begründer der Annales-Schule der französischen Geschichtswissenschaft, schon vor Jahren sagte: „Geschichte muß Wissenschaft vom Menschen sein. Wissenschaft von der menschlichen Vergangenheit. Und nicht Wissenschaft von den Sachen und den Begriffen.“

Und in dieser „menschlichen Vergangenheit“ spielen linke Lebensläufe für diejenigen, die sich weiterhin einer gesellschaftlichen Utopie verpflichtet sehen, eine wichtige Rolle. Sie sind eine Erinnerung an Möglichkeiten, die nicht mit erhobenem Zeigefinger daher kommt. Sie zeigen uns Kleinmütigen und in der Tagespolitik und in Wahlkämpfen Versinkenden, dass es möglich ist, „aufrecht“ durchs Leben zu gehen.

„Kraft und Mut der Arbeiterbewegung“

Der frühere Bundesminister Hans Matthöfer starb im Alter von 84 Jahren

Im Alter von 84 Jahren ist am 15. November der frühere Bundesminister Hans Matthöfer nach langer Krankheit gestorben. Zuletzt gehörte er dem Berliner SPD-Landesverband an.

Hans Matthöfer war seit 1950 Mitglied der SPD. Er stammte aus einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie. Sein Vater war ein mutiger Gegner der Nazis im Dritten Reich. Hans Matthöfer selbst hat sich in jahrelangem, ausdauerndem Einsatz für die Befreiung Spaniens von der Diktatur eingesetzt und für den Aufbau der Demokratie dort Großes geleistet. Auch zur Militärjunta in Chile bezog er eindeutig Stellung: Weil er sie „Mörderbande“ nannte, forderte die CDU 1975 seinen Rücktritt als Minister.

1961 wurde Hans Matthöfer in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er bis 1987 angehörte. 1972 wurde er Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium von Erhard Eppler. Helmut Schmidt berief ihn 1974 - zunächst als Minister für Forschung und Technologie - in sein Kabinett. Hans Matthöfer war der Vater des „Programms zur Humanisierung des Arbeitslebens“. Größere



Mehr zur Person von Hans Matthöfer im Buch von Werner Abelshauser „Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer“. Bonn 2009 (J.H.W.Dietz Nachf.).

re Freiräume für die Menschen und mehr Mitbestimmung für die Arbeitnehmerin-

nen und Arbeitnehmer - das war ein wichtiges Anliegen seiner Politik. 1978 wurde Hans Matthöfer Bundesfinanzminister. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts verband er mit einer zeitgemäßen Konjunkturpolitik und erwarb sich damit Achtung und Respekt über alle Parteigrenzen hinweg. 1985 übernahm er das Amt des Schatzmeisters der SPD, das er bis 1987 innehatte.

„Hans Matthöfer hat in all seinen Funktionen und Ämtern für die Sozialdemokratie und für unser Land Herausragendes geleistet und Vieles bewirkt, was bis heute Gültigkeit hat“, so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. „Niemals ließ er sich in seinen politischen Überzeugungen beirren. Sein Lebenswerk steht beispielhaft für die Kraft und den Mut der Arbeiterbewegung. Hans Matthöfer hat mitgeholfen, diese Welt für die Menschen solidarischer und lebenswerter zu gestalten. Wir sind ihm zu großem Dank verpflichtet und sind stolz darauf, dass er einer der Unsrigen war. Wir trauern mit seiner Familie um einen aufrechten Mitstreiter und großen Sozialdemokraten. Wir werden ihn nicht vergessen.“

PM □

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

T ERMINE

■ Berliner Wirtschaftsgespräche e.V., **Rekommunalisierung - Ein neuer Trend?** Montag, 23. November, 20 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ Fachausschuss Europa / Frank Zimmermann, MdA, **Der gute Kapitalismus?** mit Prof. Dr. Hansjörg Herr von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin, Dienstag, 24. November, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

■ SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Wie weiter mit der Linkspartei**, angefragt: Klaus Lederer, Landesvorsitzender Linkspartei, Mittwoch, 25. November, 20.00 Uhr, Friedenszentrum, Pacelliallee, 14195 Berlin

■ AfB Charlottenburg-Wilmersdorf, Weihnachtsfeier/Jahresausklang - **Termin- und Veranstaltungsplanung für 2010**, Donnerstag, 25. November, 18.00 bis 19.30 Uhr, Bürgerbüro, Goethestr. 80, 10623 Berlin

■ Fachausschuss Internationales / Peter Treichel, MdB, **Auf dem Weg nach Europa - Perspektiven der Republik Montenegro und des westlichen Balkans**, Gespräch mit S.E. Vladimir Radulovic, Botschafter der Republik Montenegro, **vorverlegt** auf Dienstag, 24. November, 18.00 Uhr, Abgeordnetenhaus, Raum 320, Niederkirchnerstr. 3, 10117 Berlin

■ AsF Charlottenburg-Wilmersdorf + AsF Steglitz-Zehlendorf + AK Familienpolitik, **Mehr Demokratie für bessere Kitas!** mit Prof. Dr. Anja Voss, Dozentin der Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Bereich „Bildung und Erziehung im Kindesalter“ und Andrea Weicker, stellvertretende Vorsitzende des LE-AK (Landeselternausschuss der städt. Kindertagesstätten Berlins), Donnerstag, 26. November, 19.30 Uhr, Bürgerbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin

■ SPD Tempelhof Schöneberg - Projektgruppe Grundeinkommen i. Gr. Berlin, **Kernfrage des BGE - Recht auf Faulheit**, mit Sylvia Zeller, Rene Talbot, SPD, Herbert Wilkens, Netzwerk Grundeinkommen, Donnerstag, 26. November, 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, im Raum 2047 oder 204, John-F.-Kennedy-Platz, Interessenten bitte melden bei Günter Schwarz unter gue.schwarz@web.de

■ Friedrich-Ebert-Stiftung, **Leitmotive, Kontrapunkte, Dissonanzen - Russische Erinnerungskultur 20 Jahre nach dem Ende des Kommunismus**, Montag, 30. November, 19.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin, Teilnahme bitte anmelden bis zum 25. November 2009 unter: erinnerungskulturen@fes.de

■ Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und Urania Berlin e.V., **Filme und Filmgespräch zu „20 Jahre Mauerfall“**, Montag, 30. November, 19.00 Uhr, Urania Berlin e.V., An der Urania 17, 10787 Berlin, Eintritt: 8,00

Mal wieder lesen...

Bildung ganz praktisch: Spannende Geschichten lesen Berliner SPD-Abgeordnete jetzt in Kitas und Schulen vor. An der Aktion von „Zeit“ und „Stiftung Lesen“ beteiligten sich in Berlin Jutta Leder, Andreas Köhler, Christa Müller, Stefanie Winde, Bilkay Öney, Innensenator Dr. Ehrhart Körting und der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz.

Die Abgeordnete Jutta Leder kam in die James-Krüß-Grundschule in Moabit, um das 1843 erstmals veröffentlichte Märchen „Das hässliche Entlein“ von Hans Christian Andersen vorzutragen. Köhler las in der Lew-Tolstoi-Grundschule am Römerweg aus „Die kleine Hexe“ von Otfried Preußler. Christa Müller hatte für die Grundschule am Wasserturm, in der Berliner Str. 66 „Zackarina und der Sandwolf“ von Asa Lind ausgewählt. Bilkay Öney las gemeinsam mit Innensenator



Jutta Leder beim Vorlesen in Moabit.

Foto: Hanschke

Dr. Ehrhart Körting in der Moabiter Grundschule in der Paulstraße aus „Papa, was ist ein Fremder“ von Tahar Ben Jelloun. Stefanie Winde trug in der Kita Livländische Straße 21 Texte aus „Dann hau ich dich! sagt der kleine Fuchs“ von Christine Georg und Manfred Mai vor. □

EUR, mehr: www.landeszentrale-berlin.de

■ Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V., und das Kulturforum der Sozialdemokratie, **Rock Stories - Musik - Lesung - Film**, Dienstag, 1. Dezember, 19.00 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin, Einlass ab 18:00 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich

■ SPD Reinickendorf - Abt. Hermsdorf und AsF Reinickendorf, **Lesung aus dem Buch „Novemberfrauen“**. Von Fall zu Fall - Frauen erinnern sich an den Fall der Mauer“ u.a. mit Christine Bergmann, Bundesministerin a.D., Mittwoch, 2. Dezember, 19.00 Uhr, Bibliothek des Oberstufenzentrums Druck- und Medientechnik, Cyclostraße 1-5, 13437 Berlin | S- und U-Bahn-Station Wittenau

■ „Selbst Aktiv-Netzwerk behinderter Menschen in der SPD“ und Arbeitskreis Integration, Arbeit, berufliche Bildung und Soziales der SPD-Fraktion, **„Rückblick und Ausblick“: Jahresabschlusstreffen**, Mittwoch, 2.12., 16.30 bis 18.30 Uhr, Raum 376, im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin.

■ ASG Berlin / Stefanie Winde, MdA, **Die gesundheitspolitischen Pläne der Bundesregierung**, mit: Elke Ferner, stv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, zuständig für Gesundheit, Donnerstag, 3. Dezember, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

■ SPD Reinickendorf - Abt. Waidmannslust-Lübars-Wittenau, **Nikolausaktion**, Samstag, 5. Dezember, 10.00 Uhr, v or Reichelt, Zabel-Krüger-Damm 25, 13469 Berlin-Waidmannslust und in Alt-Wittenau

■ Fachausschuss Mobilität, **Stadtring A 100: Endstation Treptow?** Podiumsdiskussion mit Ingeborg Junge-Reyer, Senatorin für Stadtent-

wicklung, Doro Zinke, Stellv. Vorsitzende DGB Berlin-Brandenburg, Tilmann Heuser, Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Karsten Schulze, Haru-Reisen, Busunternehmer in Berlin, Montag, 14. Dezember 2009, um 18.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstr. 05,

■ **aktuelle Termine der Berliner SPD** finden Sie im Internet unter: [## S PRECHSTUNDEN](http://www.spd-</p>
</div>
<div data-bbox=)

■ **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90.

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Ausstellung:

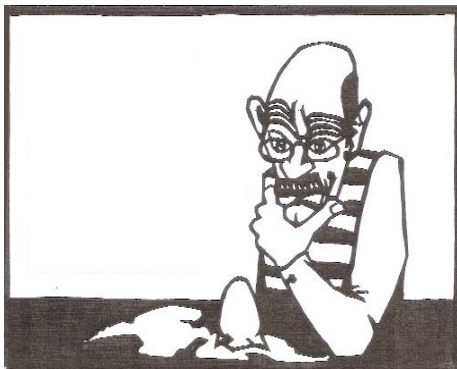
Partei des gemäßigten Fortschritts

Scherenschnitte von Hans Scheib in der KSH-Galerie

Bis zum 13. Januar zeigt die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus Scherenschnitte des Berliner Künstlers Hans Scheib. Sie illustrieren einen satirischen Text von Jaroslav Hašek, der vor vier Jahren in einer Neuauflage erschien: Die „Geschichte der Partei des gemäßigten Fortschritts im Rahmen des Gesetzes“ wurde von der Stiftung Buchkunst mit dem Prädikat „Schönstes Buch des Jahres 2005“ gewürdigt.

Hans Scheib wurde 1949 in Potsdam geboren und wuchs in Berlin auf. Nach dem Abitur und einer Schriftsetzerlehre studierte er von 1971 bis 1976 an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden. 1976 lebte er als Bildhauer in Ost-Berlin, 1985 kam er nach West-Berlin.

Jaroslav Hašek, berühmt aufgrund seiner literarischen Figur des „braven Soldaten Schwejk“ und berüchtigt für seine ungewöhnlichen Einfälle, gründete 1911 am Biertisch in Prag eine Spaßpartei mit dem Namen Partei des gemäßigten Fortschritts im Rahmen des Gesetzes. In seinen „Wahlreden“ karikiert er den politischen Betrieb.



Scherenschnitt von Hans Scheib.

Die Partei trat 1911 tatsächlich zu den Reichstagswahlen an. Hašek schrieb später eine Chronik der Partei. Die vor 100 Jahren entstandene Satire hat ihre Aktualität nicht verloren. **BS □**

➡ Hans Scheib - Ausstellungseröffnung am 24. November 2009 - 18.30 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Wedding, Müllerstraße 163 - 13353 Berlin. Dauer der Ausstellung: 25. 11. 2009 - 13. 1. 2010, geöffnet Montag bis Freitag 14 bis 18 Uhr

KULTURTIPPS

„Istanbul Next Wave“ - unter diesem Titel zeigt die Akademie der Künste zeitgenössische Kunst aus einer der gegenwärtig produktivsten Kunstmetropolen. Aufgeteilt in drei Ausstellungen, die in den Akademie-Häusern am Pariser Platz, am Hanseatenweg sowie im Martin-Gropius-Bau zu sehen sind, werden Arbeiten von 80 Künstlern gezeigt - Malerei, Materialcollagen, Fotoarbeiten, Medienkunst, Installationen, Objektkunst verschiedenster Techniken und Texturen. Das Projekt ist der Höhepunkt der Berliner Veranstaltungen zum 20. Jubiläumsjahr der Städtepartnerschaft Berlin-Istanbul und internationaler Auftakt des Programms, mit dem sich Istanbul 2010 als europäische Kulturhauptstadt präsentiert. Konzerte, Filmvorführungen, Gesprächsrunden begleiten die Ausstellungen.

➡ Martin-Gropius-Bau, bis 17.1.2010, geöffnet Mi bis Mo 10-20 Uhr; Akademie der Künste, Pariser Platz, bis 3.1.2010, geöffnet Di bis So 11-20 Uhr; Akademie der Künste, Hanseatenweg, bis 17.1.2010, geöffnet Di bis So 11-22 Uhr. Eintritt jeweils 6 Euro (erm. 4 Euro)

Bilder aus einer geteilten Welt

Fotografien von Martin Roemers und Barbara Klemm im Willy-Brandt-Haus

Martin Roemers stieg in unterirdische Tunnel, fotografierte verlassene Schaltzentralen, ehemalige Kasernen, abgewrackte Panzer, zerstörte Statuen. Immer war er dabei den „Relikten des Kalten Krieges“ auf der Spur, die jetzt eine Ausstellung des Freundeskreises Willy-Brandt-Haus e.V. zeigt.

Vierzig Jahre lang teilte der Eisernen Vorhang die Länder Europas in Ost und West, wurden Atombunker errichtet, Waffenarsenale angelegt, probte man den Ernstfall. Der niederländische Dokumentar Fotograf

Martin Roemers hat sich auf die Spurensuche nach der Zeit des Kalten Krieges begeben. Über zehn Jahre unternahm er Reisen durch die einstigen Feindesländer diesseits und jenseits der Linie: durch Ost- und Westdeutschland, durch Großbritannien, Belgien und die Niederlande, durch Polen, die Ukraine und andere Ostblockstaaten. In seinen Bildern wird die Ära von Feindschaft, Abschreckungspolitik und Wettrüsten auf nachhaltige Weise lebendig - auch als Mahnung für eine Zukunft des Friedens.

Parallel zur Ausstellung „Relikte des Kalten Krieges“ wird die Fotoausstellung von Barbara Klemm „Helldunkel. Fotografien aus Deutschland“ gezeigt. Ihre Arbeiten aus vierzig Jahren (1968-2008) geben Zeugnis der historischen Entwicklung und der Gegenwart in einem jahrzehntelang geteilten Land. **BS □**

➡ Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr; 24., 25., 31. Dezember 2009 und 1. Januar 2010 geschlossen. Eintritt frei, gültiger Personalausweis erforderlich.